

Ratschlag

Informationsschrift der Fraktion
Bündnis 90 / Die Grünen im Stadtrat Leipzig

AUSGABE
APR 15
No. 73

TOP THEMEN

Welche gravierenden Auswirkungen die Beschlüsse des Stadthaushaltes für die nächsten 2 Jahre haben und welchen Ansatz wir dabei verfolgen, erläutert Fraktionsvorsitzende Katharina Krefft auf **Seite 4**

Welche Probleme die bei dem Mangel an Betreuungskapazitäten so wichtigen Tagespflegepersonen haben, um eine gute Betreuung unserer Kinder zu sichern, betrachtet Michael Schmidt auf **Seite 9**

Welche große Auswirkungen die schon so lange gewünschten und von uns lange eingeforderten Gesundheitskarten für Asylbewerber*innen und Flüchtlinge haben, erklärt Petra Čagalj Sejdi auf **Seite 14**



Foto: Andreas Gleiser

Leipzig auf dem Weg zur (fast) pestizidfreien Kommune

von Anett Ludwig

Das Artensterben gehört zu den größten ökologischen Bedrohungen unserer Zeit. Viele Kräuterwiesen und Wildblumen, und damit verbunden Bestäuber, wie Schmetterlinge und Bienen, sind aus dem Stadtbild verschwunden. Wenn die Bestäuber fehlen, schwindet die Pflanzenvielfalt und schlechte Ernteerträge folgen.

Ursächlich dafür sind der Nutzungsdruck auf Flächen in den Städten, unser Schönheitsideal vom öffentlichen Raum und die daraus häufig resultierende Anwendung von Pestiziden zu nennen. Hier ist kein romantisches Bedauern, sondern hier sind umgehend Taten angesagt, zumal Pestizide nachweislich unsere Gesundheit selbst gefährden. Mehr als 300.000 Tonnen da-

von werden jährlich in Deutschland ausgebracht, allen voran das wohl bekannteste Mittel Glyphosat.

Auch in Leipzig wird viel Gift gegen Unkraut und Schadinsekten verspritzt und der Ruf aus der Bevölkerung, etwas zu unternehmen, wurde laut. Unsere Stadtratsfraktion stellte in Leipzig daher im August 2014 den

Unsere Themen

Kulturausschuss im Spagat steigender Kosten	3
Wo steuert das Ehrenamt hin?	6
Verkehr und öffentlicher Raum	7
Doppik: Fluch oder Segen?	8
Neuer Schwimmhallenbau	10
Equal Pay Day – mit uns!	11
Leipzig und die Demokratie	12
Respekt und Anerkennung	13
Kurs halten!	15
Stress durch Lärm	16
Nachbarschaftsschule	17
Unsere Webseite – neu und frisch	18
Petitionen jetzt auch online	18
Umweltbibliothek gesichert!	19

Antrag auf Verzicht von Pestiziden auf allen kommunalen Flächen, auf Kultur- sowie Nichtkulturland.

Dabei muss man wissen, dass nicht nur Grünflächenämter, Stadtreinigung, Kleingärtnerinnen und Kleingärtner und Hausmeister das Unkraut mittels Pestizideinsatz bekämpfen, sondern erhebliche Pestizidmengen auch durch die Landwirte ausgebracht werden. Mit dem zunehmenden Anbau von Mais und Raps als „Futter“ für Biogasanlagen hat sich der Einsatz von Pflanzenschutzmitteln in der Landwirtschaft deutlich erhöht. Dieser Einsatz unterliegt eigentlich strengen gesetzlichen Vorgaben. Ein bewusster Pestizidverzicht ist mit dem Umbau auf Biolandwirtschaft möglich.

Um den Pestizideinsatz in Leipzig einzugrenzen, ist neben der Vermeidung aber auch Überzeugungsarbeit in der Verwaltung, der Politik und in der Bevölkerung erforderlich.

Begleitend organisierten wir daher im November 2014 eine öffentliche Fachveranstaltung im Rathaus mit dem Titel „Einsatz von Pestiziden – in Leipzig verzichtbar?“. Ziel war es, eine kritische Diskussion über den Einsatz von Pestiziden in der Landwirtschaft, im Kleingarten und bei der Pflege öffentlichen Grüns herbeizuführen.

Zu den Podiumsgästen gehörten Leipzigs Bürgermeister für Umwelt, Ordnung und Sport, Heiko Rosenthal, der sächsische Landtagsabgeordnete von Bündnis 90/Die Grünen, Wolfram Günther, Peter Hettlich als Sprecher des BUND Regionalgruppe Leipzig, Uwe Bittner, Vertreter der Leipziger Wohnungs- und Baugesellschaft mbH, sowie Dr. Anna Catherina Voges von der SaatGut Plaußig Voges KG. Ein eingeladener Vertreter des Glyphosatherstellers Monsanto sagte leider kurzfristig ab und konnte so an der Diskussion nicht teilnehmen. Aber unsere Gäste beteiligten sich intensiv. So berichteten besorgte Bürgerinnen und Bürger von der Beeinträchtigung und den Gesundheitsrisiken durch den zunehmenden Einsatz von Pflanzenschutzmitteln auf Nichtkulturland. Das Bewusstsein für naturnahes Gärtnern im Kleingarten und der Wunsch der Pächterinnen und Pächter, dort gesunde, pestizidfreie Pflanzen ziehen zu können, wächst und muss berücksichtigt werden. Alle äußerten übereinstimmend, dass es gemeinsames Ziel sein muss, die Nutzung von Herbiziden und Pestiziden zu reduzieren und wenn möglich darauf zu verzichten.

Wir sind sehr erfreut, dass die Stadt Leipzig unserem Anliegen gefolgt ist und sich dazu bekennt, schrittweise den Einsatz von Herbiziden und Pestiziden in der Grünpflege und auf Sportanlagen beenden zu wollen, wo nicht schon heute mit Alternativen gearbeitet wird. Dazu wird die Stadt Leipzig einen Maßnahmenplan mit verpflichtenden zeitlichen Schritten erstellen. Mittels intensiver Öffentlichkeitsarbeit will die Stadt der Bevölkerung und privaten Unternehmen geeignete Maßnahmen bzw. mögliche Alternativen nahebringen und an sie appellieren, auch auf Privatgrundstücken und in Kleingartenvereinen den Einsatz von Pestiziden aufzuhalten. ●



Anett Ludwig
Stadträtin
umweltpolitische
Sprecherin
Jahrgang 1986

• FA Umwelt und Ordnung
• FA Finanzen
• Aufsichtsrat
Stadtwerke Leipzig GmbH (SWL) • Aufsichtsrat Beratungsgesellschaft für Beteiligungsverwaltung Leipzig mbH (bbvl) • Verbandsversammlung Regionaler Planungsverband Westsachsen

Berichte aus dem Stadtrat

Der anhaltende Zuzug von Asylbewerbern erfordert die Nutzung privater Immobilien zur Deckung des **Unterbringungsbedarfs von Asylsuchenden und Geduldeten** in dezentral gelegenen Wohnungen. In der **Blücherstraße 47/47a** im Stadtteil Möckern wird die Stadt Leipzig nun erstmals einen Nutzungsvertrag mit einem privaten Eigentümer schließen über ein Objekt mit 40 entstehenden Plätzen. Der Verwaltung erteilt der Stadtrat mit diesem Beschluss auch den Auftrag, die Bewirtschaftung und soziale Betreuung auszuschreiben. Andererseits wird die Stadt Leipzig nun auch das zweite Haus am Standort **Torgauer Straße** als große Gemeinschaftsunterkunft ausbauen. Die Stadt Leipzig braucht die zusätzlichen Plätze schnellstmöglich, da die politischen

Krisen insbesondere in Syrien und im Irak die Menschen zur Flucht treibt. Es sind entsprechend den Staatenabkommen für 2015 zur Unterbringung in Leipzig schon heute über 650 Menschen angekündigt, für die es noch keinen Platz gibt. Die Sanierungsabsichten in der Torgauer Straße wurden seitens unserer und teilweise anderer Fraktionen sehr kritisch begleitet. Um die menschenwürdige Gestaltung der Unterbringung und eine Festlegung über eine zeitliche Befristung des Standortes wurde hart gerungen. Katharina Krefft sagte in ihrer Rede „Die Torgauer Straße wird geschlossen.“ Das war beschlossene Sache und muss (zum nächst möglichen Zeitpunkt) umgesetzt werden.

Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen ist jetzt wieder 12 StadträtInnen stark. Auf eigenen Wunsch und mit Beschluss der Fraktion wurde der Stadtrat der Wählervereinigung Leipzig e.V., Dieter Deissler, Mitglied der bündnisgrünen Fraktion. Wir freuen uns über diese **Verstärkung**, die für die Fraktion gute inhaltliche Unterstützung bringt.

Stadtrat schließt sich mehrheitlich Bündnis 90/Die Grünen für **Projekt „Offener Garten Annalinde“** an – weiteres Zwischennutzungsprojekt erfolgreich gesichert

Unabgestimmte Aussagen und unglückliches Handeln der verschiedenen zuständigen Ämter gegenüber dem Urbanen Landwirtschaftsprojekt Annalinde in der Zschocherschen Straße am Felsenkeller, forderte die grüne Fraktion zur Klärung der Angelegenheiten heraus. Mit einem Veräußerungsauftrag für Teile des Grundstückes war der Fortbestand akut gefährdet, andererseits gab es Zusagen für den Fortbestand.

Die grüne Fraktion will den Fortbestand des Projektes unterstützen und hat deswegen mit diesem Beschluss die Zuständigkeit in allen Fragen zur Annalinde dem Stadtrat erteilt. Der Offene Garten Annalinde wurde aktuell als UN-Dekade-Projekt ausgezeichnet. Wir gratulieren!

Kulturausschuss im Spagat steigender Kosten

von Annette Körner

Nicht nur Stadtbetriebe, auch Freie Träger stehen im Spagat jährlich wachsender Kosten und Finanzierungsbedarfe. Im Jugendhilfebereich war unser Disput besonders erfolgreich, denn nun sind 1 Mio. bzw. 1,2 Mio. € Zuschusserhöhung im Konsens zwischen Stadtrat und Verwaltung für 2015 und 2016 zu erwarten.

Dies ist mehr als je zuvor, denn bisher kam die Stadt kaum für Tarifsteigerungen bei Freien Trägern der Jugendhilfe oder anderen Vereinen auf. Die steigende Kinderzahl in unserer Stadt und der politische Druck durch unsere Anträge im Bündnis mit den Freien Trägern haben sichtlich gefruchtet, denn selbst die Verwaltung befürwortet zum Haushalt nun einen erheblich höheren Zuschussbedarf. Und auch im Kulturbereich, wo wir wiederholt die Umsetzung des Förderziels von 5 % Anteil am Kulturhaushalt beantragt hatten, befürwortet die Verwaltung nun jährliche Steigerungen, wenngleich nicht in Höhe unseres Antrags. Mit Beginn unserer Arbeit im neugewählten Stadtrat werfe ich den Blick auf mein bisheriges Engagement in Förderrunden und meine begonnene Leitung des Kulturausschusses:

Im Jugendhilfebereich ging es zuletzt um die vorgelegte Bewertungsmatrix für Fördermittelanträge auf der Grundlage gewählter Kriterien für die jugendpolitischen Bedarfe. Längst haben sämtliche Anträge, die uns erreichen, ein hohes fachliches Niveau, die Einrichtungen sind mehrfach geprüft und konzeptionell untersetzt. Die Verwaltung konfrontierte uns mit einem Fördervorschlag, der zwar den Großteil der Antragstellenden zur weiteren Mitfinanzierung empfahl, aufgrund der Mittelbegrenzung aber andererseits einzelne Projekte und offene Treffs ganz aus der Förderung entlassen wollte. Unsere intensiven Diskussionen mündeten in einen Erhöhungs-



Foto: Michael Schmidt

antrag des gesamten Jugendhilfeausschusses und zugleich verschoben wir die Fördermittelverteilung bis zum Haushaltsbeschluss und bis zur Abstimmung über diesen Antrag. Dies wurde ernst genommen und die Verwaltung empfiehlt nun Zustimmung.

In der Kulturförderung der Freien Szene gab es einst Proteste und einen weißen (veranstaltungsfreien) Januar, zahlreiche Verhandlungsrunden, die zum Stadtratsbeschluss für die 5%-Anteilsförderung führten. Auch wenn dies noch nicht erreicht ist und verschiedene Ansichten zur Anteilszuordnung blieben, kann die jährliche allgemeine Kostensteigerung heute keinen mehr überraschen und muss in der Förderung beachtet werden. Sinnvoll ist auch die geforderte Einbeziehung von Vertreterinnen und Vertretern der Freien Szene in die Vorberatung der jährlichen Fördermittelschwerpunkte sowie bei der Bearbeitung des Kulturentwicklungsplans.

Die Beratungsfolge zu Fördermitteln ist in den Dezernaten und Fachausschüssen noch unterschiedlich geprägt. Wir fragen sowohl die fachliche Untersetzung, die Einbeziehung externen Sachverständigen als auch die Freiheitsgrade für politische Entscheidungen an, dies zeigen beispielhaft die noch laufenden Haushaltsanträge.

Die aktuell vorgelegten Wirtschaftspläne der eigenen Häuser kündigen jedoch für den Kulturhaushalt erhebliche Kostensteigerungen für die nächsten Jahre an, d.h. in Millionenhöhe z.B. durch Fortschreibung der Ergebnisse der Tarifverhandlungen. In unserem politischen Ehrenamt haben wir die Haushaltsfragen mit der Verwaltung insgesamt zu klären und auch die unterschiedlichen Fördermittellösungen konstruktiv zu gestalten.

Wir werden moderieren mit dem Ziel, Wertvolles zu erhalten, aber auch neue Kreativität immer wieder zu ermöglichen. Wir müssen nachfragen und sinnvollen Anträgen zum Erfolg verhelfen. Mit unseren unterschiedlichen Erfahrungen in unserer neuen Fraktion und unserer gemeinsamen Energie, aber auch in den neu zusammengesetzten Ausschüssen sind wir nun gestartet und freuen uns über Anregungen und Unterstützung für eine verantwortliche Arbeit in den nächsten Jahren! ●



Annette Körner
Stadträtin
kultur- und wirtschaftspolitische
Sprecherin
Vorsitzende des
Kulturausschusses
Jahrgang 1962
3 Kinder

Betriebliche Umweltschutzbeauftragte, Geschäftsführerin Förderverein des Uiz

FA Kultur (Vorsitzende) • Betriebsausschuss Kulturbetriebe • FA Wirtschaft und Arbeit • Betriebsausschuss Stadtreinigung • Aufsichtsrat LWB • Trägerversammlung Sparkasse • Verbandsrat Sparkassenzweckverband

Berichte aus dem Stadtrat

Der bestens vorbereitete und breit diskutierte, auch auf Grund von Hinweisen nachgearbeitete **STEP Verkehr und öffentlicher Raum** wurde nunmehr beschlossen. Manchmal musste man den Eindruck gewinnen, die Wirtschaftsverbände müssten durch diesen Plan um ihr Leben fürchten und die CDU stimmte in diesen Ton ein. Der Plan, so wie er vorliegt, ist ein guter Plan für die Entwicklung moderner Mobilität in Leipzig, die vor allem die optimale Vernetzung verschiedener Verkehrsträger bedeutet. Im STEP wird eine Steigerung des Anteils des Umweltverbundes aus ÖPNV, Rad- und Fußverkehr auf 70 % angestrebt bei gleichzeitiger Reduzierung des Anteils des motorisierten Individualverkehrs. Der in den letzten Wochen viel diskutierte Wirtschaftsverkehr wird dabei am meisten davon profitieren, wenn es durch die Umsetzung des Stadtentwicklungsplanes tatsächlich gelingt, die Sicherheit und Attraktivität des Umweltverbundes so zu stärken, dass mehr Menschen weniger Wege mit dem Auto absolvieren und mehr mit der LVB und dem Rad fahren oder zu Fuß gehen. Der Stadtrat stimmte der Vorlage gegen die Stimmen von CDU und AfD mehrheitlich zu.

Generationengerechtigkeit 2015: Investitionsstau abbauen

von Katharina Krefft

Herr Bonew hat es geschafft. Er hat einen hübschen Doppelhaushalt vorgelegt. Er hat sich durchgesetzt mit dem Ansinnen, nur noch alle zwei Jahre einen Haushalt aufzustellen. Und so kann er planen.

Die gewachsene Stadt macht sich im Haushaltsplan bemerkbar. Höhere Schlüsselzuweisungen, mehr Steuereinnahmen, mehr Investitionen. Die Stadt hält die 10 %-Investitionsquote, setzt ihre Entschuldung fort, strebt einen positiven Cashflow an und OBM Jung markiert ihre politische Haltung: Vorrang für Kinder, Jugend und Familien, vor allem Bildung und keine Kürzungen bei „den Partnern, mit denen man in der Stadt zusammenarbeite, um die Stadt voranzubringen“.

Die junge neue Fraktion von Bündnis 90/Die Grünen hat sich sehr grundsätzlich mit dem Haushalt auseinandergesetzt. Die wachsende Stadt bedingt Ausgaben! Diesen stehen noch nicht die nötigen Einnahmen gegenüber, doch Kinder müssen heute einen Kitaplatz haben, sie brauchen jetzt eine Schule, mehr Einwohnende erwarten mehr Service, bessere Infrastruktur.

Wir von Bündnis 90/Die Grünen antworten auf die wachsende Stadt mit Nachhaltigkeit. Es ist nicht nachhaltig, der kommenden Generation nur keine Schulden zu hinterlassen. Die Entschuldung allein ergibt keinen Sinn! Wir wollen eine Investition in saubere Luft für 1000 Bäume jährlich. Wir wollen die Spielplätze zügig sanieren, Jugendeinrichtungen renovieren, Schulen besser instand halten. Zur Gesundheitsvorsorge gehört für uns auch die gesunde Ernährung. Wir wollen das europäische Obstprogramm auch in Leipzigs Schulen ermöglichen. Und wir wollen die kosten-



Foto: Michael Schmidt



Katharina Krefft
Fraktionsvorsitzende schul- und sozialpolitische Sprecherin
Jahrgang 1978
Ärztin, verheiratet
4 Kinder

Ältestenrat • Verwaltungsausschuss
Fachausschuss (FA) Jugend, Soziales, Gesundheit und Schule • Aufsichtsrat Leipziger Versorgungs- und Verkehrsgesellschaft mbH (LVV) • Aufsichtsrat Klinikum St. Georg gGmbH

freie Mobilität für Kinder und Jugendliche. Das wäre eine echte Entlastung gerade für die 10 % Familien, die mehr als zwei Kinder haben, und all jene, die in oder nahe der Armut leben. Es gibt den Jugendlichen mehr Freiheit, und ja: Wir erwarten uns Effekte für die Umwelt – kurzfristig durch die Verlagerung aus dem Pkw-Verkehr und nachhaltig durch die frühe Erfahrung mit dem ÖPNV! Wir wollen, dass sich die Heranwachsenden für den Umweltbund entscheiden!

Wir wollen Mittel für die Partner, die Leipzig das Gesicht der Vielfalt geben. Für uns ist die Umweltbibliothek eine Institution, und in ihrem 25. Jahr darf sie nicht verschwinden! Mit gleicher Hingabe machen wir uns für die Frauenbibliothek stark. Leipzig ist stark, weil es eine starke Bürgerschaft hat. Darum wollen wir das Ehrenamt fördern und die Förderung der Vereine und Verbände dynamisieren, also ihnen Tarif- und Preisanpassungen anerkennen.

Die Stadt wächst, doch wächst sie solidarisch, wächst sie umweltgerecht? Bleiben welche zurück, werde andere zu stark? Die Diskussionen um den Stadtraum gewinnen an Schärfe. Ob die Asylunterbringung wie im vergangenen Sommer oder der zukünftige Anteil der Verkehrsarten, demnächst auch der Zugang zu den attraktiven Flächen. Oder auch die Vereinnahmung unserer Stadt durch Rechtsradikale: Wir stellen uns diesen grundsätzlichen Diskussionen – und antworten mit konkreten Vorschlägen zu aktuellen politischen Fragen und konkreten Vorstellungen zur Bürgerbeteiligung. ●

Berichte aus dem Stadtrat

Stadtrat beschließt Haushalte 2015 und 2016 mit grünem Anstrich

Kurz vor Redaktionsschluss wurden vom Stadtrat am 18. März erstmals zwei Haushalte für die Stadt Leipzig beschlossen. Unsere Fraktion stellte dazu insgesamt 36 Änderungsanträge. Die Beschlussfassung im Stadtrat war entgegen der vergangenen Jahre von einer Aufgeschlossenheit und Kompromissbereitschaft der meisten Fraktionen geprägt. Wir als Bündnis 90/Die Grünen sind sehr erfreut über die vielen erfolgreich verhandelten Anträge, die dem ersten Doppelhaushalt einen deutlich grünen Anstrich verleihen. So konnten wir uns erfolgreich mit der Neupflanzung von 750 Straßenbäumen, zusätzlichen Mitteln für die Fortsetzung des Finanzierungsprogrammes neuer Straßenbahnen, der Bewahrung zweier für die Demokratie enorm wichtiger Bibliotheken, der Umweltbibliothek des Ökolöwen und der feministischen Bibliothek MONALiesA, der Einrichtung eines Zebrastreifenprogrammes, mehr Mitteln für die bauliche Unterhaltung von Schulen, einem Ausbau der Schulsozialarbeit, dem Kitaneubau in Schleußig, mehreren Spielplatzneubauten und mehr Fahrradabstellplätzen an Schulen durchsetzen.

Zudem wird sich der Oberbürgermeister bei der Landesregierung für die Etablierung des EU-Obst- und Gemüseprogrammes an Leipziger Schulen einsetzen, der Leuschner-Platz für Zwischennutzungen hergerichtet und eine elektronische Abstimmungsanlage im Ratssaal für mehr Transparenz in den Entscheidungen des Stadtrates sorgen. Diese und andere erfolgreich beschlossene bündnisgrüne Initiativen führten letztlich dazu, dass unsere Fraktion den beiden Haushalten, anders als in den Vorjahren, ihre Zustimmung erteilen konnte. Wir freuen uns nun auf die Umsetzung unserer Erfolge und werden auch weiterhin mit Ideen und Anregungen für eine grüne Zukunft unserer Stadt werben.

Themenbereich	Antrag zum Doppelhaushalt 2015/16	Auswirkung für 2015/16	
Einsparvorschläge sollten in folgende Bereichen erzielt werden:	Ausgaben bei den Hilfen zum Lebensunterhalt, den Kosten für Unterkunft und Heizung sowie für sonstige Hilfen und Leistungen sollen aufgrund der positiven Auswirkungen der Einführung des Mindestlohnes um je 10 % (2015) bzw. 15 % (2016) gekürzt werden.	+ 40 Mio. € ✗	
	Einnahmen durch die Überwachung des ruhenden und fließenden Verkehrs sollen um 5 % erhöht werden.	+ 1,25 Mio. € ✗	
vorgeschlagene Mehrausgaben im Bereich Umweltschutz	Es sollen die im abgeschlossenen Projekt um die Aufklärung der „herrenlosen Häuser“ verankerten ... Stellen gestrichen werden.	✓	
	1000 Straßenbäume für Leipzig	750 T € ✓	
vorgeschlagene Mehrausgaben im Bereich Stadtentwicklung	Finanzierung der Umweltbibliothek beim Ökolöwen – Umweltbund Leipzig e.V.	140 T € ✓	
	Kompensationsmaßnahmen für den Naturschutz vorziehen	500 T € ✓	
	Luftreinhaltung/Lamminderung/Klimaschutz – vollständige Umsetzung der Massnahmen im Luftreinhalteplan der Stadt Leipzig	200 T € ✗	
	weitere Fahrradstellplätze an Schulen und Kitas	60 T € ✓	
	strategische Liegenschaftspolitik (Flächenbevorratung)	2 Mio. € ✗	
	Zebrastreifenprogramm	500 T € ✓	
	Zwischennutzung Leuschner-Platz	500 T € ✓	
	Komplettsanierung Dieskastraße	✓	
	vorgeschlagene Mehrausgaben im Bereich Familie/Soziales	zusätzliche Mittel für die bauliche Unterhaltung von Schulen, Kitas und Freizeiteinrichtungen	7 Mio.€ ✓
		kostenfreie Schülerbeförderung der LVB	8 Mio.€ ✗
Ausbau der Schulsozialarbeit		860 T € ✓	
Obst- und Gemüseprogramm an Schulen		✓	
zusätzliche Mittel für Kinder- und Jugendhilfe		2,2 Mio.€ ✓	
Dynamisierung der Zuwendung für Vereine und Verbände		2,2 Mio.€ ✗	
Beginn des Kitaneubaus Holbeinstraße		570 T € ✓	
vorgeschlagene Mehrausgaben im Bereich Kultur und Sport	Spielplatzneubauten für die wachsende Stadt Leipzig	400 T € ✓	
	Rettung der feministischen Bibliothek MONALiesA	42 T € ✓	
	Interim und zusätzliches Personal für das Naturkundemuseum	✗	
	5 % des Kulturretats für die Freie-Szene-Kultur	400 T € ✗	
	Neubau des Bootshauses der SG LVB	750 T € ✓	
	vorgeschlagene Mehrausgaben im Bereich Verwaltung	Sanierung des Ratssaals und Einbau einer digitalen Abstimmungsanlage und -tafel	700 T € ✓
Einrichtung einer Koordinierungs- und einer Servicestelle zur Sicherung des Ehrenamtes		✓	
Stellenerweiterung im Referat Gleichstellung für den Bereich gleichgeschlechtliche Lebensweise		50 T € ✗	

Infobox

Die Eckdaten des Doppelhaushaltes

- Volumen: 1,45 und 1,48 Mrd. €
- Finanzausgleich des Landes: 373 und 382 Mio. €
- Steuern: 507 und 522 Mio. €

Wo steuert das Ehrenamt hin?

von Dieter Deissler (WVL)

Gemeinwohl, bürgerschaftliches Engagement, Ehrenamt, verschiedene Begriffe für die unverzichtbare Einbindung und das Mitwirken jedes Einzelnen in unserer Bürgerstadt Leipzig. Mehr als 200.000 Bürgerinnen und Bürger bringen sich passiv oder aktiv ein in ca. 600 Vereinen und in anderen Formen des gesellschaftlichen Lebens.

Das sind Sportvereine, Theatergruppen, freiwillige Feuerwehren, Musikspielzüge und Bürgervereine, um nur exemplarisch einige zu nennen. Ohne jegliche finanzielle Unterstützung opfern viele Menschen ihre Freizeit für Mitglieder im Verein, für Bewohnerinnen und Bewohner im Wohnquartier, für Kinder in deren Schulferien und für Menschen, die in unserem Land Zuflucht suchen – und das ist auch wieder nur eine winzige Zahl der vielfältigsten Aktivitäten.



Foto: Cordula Rosch

„Alles funktioniert gut“, so der OBM im Rahmen einer Veranstaltung mit dem Titel „Leipzig weiter denken“, „es gibt keine Hinweise, dass seitens der Verwaltung eine Unterstützung notwendig wäre – und schon gar nicht finanzieller Art“. Diese Aussage ist sogar (fast) richtig. Dank der vielen ehrenamtlichen Helfenden, kommen die meisten Vereine – Gott sei Dank – derzeit gerade noch so über die Runden. Das kann sich aber schnell ändern. Andere Lebensgewohnheiten, berufliche Zwänge, u.a. örtliche Flexibilität, permanente Weiterbildung, wechselnde Arbeitszeiten und nicht zuletzt der demografische Wandel werden das Vereinsleben und die ehrenamtliche Tätigkeit gewaltig verändern.

Deshalb muss jetzt gegengesteuert werden und nicht erst dann, wenn die Vereinslandschaft am Boden liegt und eben nicht mehr „funktioniert“. Schon aus ökonomischen Gründen muss jetzt gehandelt werden: Erhalten ist billiger als retten! Es wäre katastrophal für Leipzig und für die örtliche Wirtschaft, wenn eine Vielzahl der Angebote, auch präventive Leistungen, die ehrenamtlich erbracht werden, wegbrächen. Es würde

das Leben in unserer Stadt erheblich weniger lebenswert machen, Gäste und der Tourismus würden die Veränderungen deutlich spüren, aber auch für Unternehmen veränderte sich einer der wichtigsten „weichen Standortfaktoren“ – die Lebensqualität.

Verbände und Vereine fordern deshalb, die vorhandenen Ressourcen effektiver zu nutzen, Strukturen zu hinterfragen und gemeinsame Aktivitäten zu fördern. So etwas aber geschieht nicht von allein. Wegen der zeitraubenden Abstimmung mit der Verwaltung, den persönlichen Risiken bei Übernahme von Vorstandsfunktionen oder der unabdingbaren Fähigkeit, Menschen führen zu können, bedarf es mehr Unterstützung der Vereine. Die Verbände erwarten vordergründig keine zusätzlichen finanziellen Mittel.

Vorgeschlagen wurde deshalb von uns, eine Anlaufstelle innerhalb der Verwaltung zu schaffen, eine zweite extern. Die Idee ist, eine Leitstelle „Bürgerschaftliches Engagement“ einzurichten, die als Eingangstor zur Verwaltung fungiert und die notwendigen Vorgänge innerhalb des Rathauses koordiniert. Das zwingend notwendige Pendant dazu sollte eine externe „Servicestelle“ sein, die Vereine und Initiativen bei der Absicherung und Entwicklung ihrer Arbeitsfähigkeit berät und unterstützt. Die beiden Stellen nehmen die Hinweise und Sorgen aus der gesamten Vereinslandschaft entgegen, helfen direkt oder suchen gemeinsam nach Lösungen. Mit den in kurzer Zeit gesammelten Erfahrungen und den regelmäßigen Kontakten mit den Beteiligten lassen sich schnell Informationen zusammentragen, um dann ein Konzept zu erstellen, das die Praxis und die tatsächlichen Probleme der Vereine berücksichtigt. So können konkreter die individuellen und sehr unterschiedlichen Belange jedes einzelnen Vereins beachtet werden.

Der dritte unverzichtbare Pfeiler ist ein Beirat, in dem die Verwaltung, die Fraktionen und die Vertreterinnen und Vertreter der bunten Vereinslandschaft beteiligt sein sollten, um dort Missstände anzusprechen, funktionierende Beispiele anzubieten und gemeinsame Lösungen zu erarbeiten.

Die Mitglieder in den Vereinen und Initiativen haben Ideen, opfern ihre Freizeit,



Dieter Deissler
 Stadtrat (WVL)
 Jahrgang 1949
 Bauingenieur
 FA Allgemeine Verwaltung •
 Grundstücksverkehrsausschuss •
 Aufsichtsrat Leipziger Wohnungsbaugesellschaft mbH (LWB) •
 Aufsichtsrat der Beratungsgesellschaft für Beteiligungsverwaltung Leipzig mbH (bbvl) •
 Aufsichtsrat Investregion Leipzig GmbH (IRL)

stellen sich auch der Kritik, stellen vielfach keine persönlichen Auslagen in Rechnung, sie sind mit Herzblut dabei. Was die vielfältigsten Gemeinschaften jedoch benötigen, ist eine „Moderation“ – so etwas können nur die beiden Anlaufstellen und ein Beirat leisten. ●

Berichte aus dem Stadtrat

Erneuerung der Gedenktafel am Geburtshaus von Bruno Apitz (Einreicher Die Linke)

Bruno Apitz hat für seine Überzeugungen als Mitglied der KPD viele Jahre seines Lebens in Gefängnissen und im KZ Buchenwald verbracht. Diese leidvollen Erfahrungen hat er in seinem Roman „Nackt unter Wölfen“ beschrieben. Allerdings gibt es in der historischen Auseinandersetzung mit dem Roman und späteren Verfilmungen auch Kritik von Zeitzeugen und er wird inzwischen sehr kritisch gesehen, da es eine sehr subjektive Sicht ist, die Apitz von der Zeit im KZ beschreibt. Seine Rolle als SED-Mitglied im Schriftstellerverband der DDR ist ebenso umstritten. So enthielt sich Apitz stets öffentlicher Kritik zur Literatur- und Kulturpolitik der DDR. Er unterzeichnete stets die Resolutionen und Ergebnisadressen des Schriftstellerverbandes, wenn es galt, die (kultur-)politischen Entwicklungen in der DDR zu verteidigen bzw. Kritiker zu isolieren. Die Ehrung von Bruno Apitz sollte daher kritisch begleitet werden.

Stadtentwicklungsplan (STEP) Verkehr und öffentlicher Raum – nach der Beschlussfassung ist vor der Umsetzung

von Daniel von der Heide

Als ich vor zehn Jahren nach Leipzig gekommen bin, war der Citytunnel eine Baustelle, die 2009 fertig werden sollte. Alle Menschen, die ich kennenlernte, waren sich sicher, dass dieser Tunnel zu teuer, technisch unmöglich und überhaupt völlig unnötig wäre. Jetzt ist der Citytunnel seit etwas über einem Jahr in Betrieb und – siehe da – es nutzen ihn weit mehr Menschen als erwartet.

Statt 35.000 nutzen ihn ca. 55.000 Menschen täglich. Nun ist nicht das Problem, dass der Citytunnel überdimensioniert ist, sondern dass die darin fahrenden S-Bahnen zu wenig Kapazitäten bieten, nicht nur, aber insbesondere auch für die Mitnahme von Fahrrädern.

Der Citytunnel hat Auswirkungen auf die Fahrgastzahlen der LVB und wohl auch der Taxis. Es gibt meines Wissens noch keine Erkenntnisse, in welchem Umfang Menschen vom Auto auf die S-Bahn umgestiegen sind, aber das Beispiel zeigt dennoch: Durch attraktive Angebote kann man das Mobilitätsverhalten der Leipzigerinnen und Leipziger verändern.

Als vor ca. vier Jahren in Leipzig die Umweltzone eingeführt wurde, kam – genau wie jetzt beim STEP Verkehr und öffentlicher Raum – Protest von Wirtschaftsverbänden und der CDU und er war ähnlich schrill wie heute: Die Umweltzone sei ein bürokratisches Monster, das aufgrund von externen Faktoren sowieso nichts bringen könne für die Minderung der Feinstaubbelastung und im Grunde nur dazu da wäre, die Wirtschaft und insbesondere das Handwerk zu gängeln. Vier Jahre später ist der Wirtschaftsstandort Leipzig keineswegs zum Erliegen gekommen, gerade das Baugewerbe boomt. Die positive wirtschaftliche Entwicklung zeigt sich auch am sehr erfreulichen Gewerbesteueraufkommen. Und darüber hinaus – wer hätte das gedacht – zeigt die Umweltzone sogar Erfolge: Im Amtsblatt vom 24. Januar wird Prof. Dr. Alfred Wiedensohler vom Leibniz-Institut für Troposphärenforschung wie folgt zitiert: „In Leipzig-Mitte haben wir einen Rückgang des schwarzen, toxischen Kohlenstoffs, also Ruß, von ca. 40 % gemessen. Dies ist ein wirklich signifikanter Beitrag

für die Gesundheit und letztlich nur aus der Verbesserung der Fahrzeugflotte durch die Umweltzone erklärbar.“

Man sollte daher auch die Auswirkungen des STEP nicht überdramatisieren. Der Plan, so wie er vorliegt, ist ein guter Plan für die Entwicklung moderner Mobilität in Leipzig, die vor allem die optimale Vernetzung verschiedener Verkehrsträger bedeutet.

Im STEP wird eine Steigerung des Anteils des Umweltverbundes aus ÖPNV, Rad- und Fußverkehr auf 70 % angestrebt bei gleichzeitiger Reduzierung des Anteils des motorisierten Individualverkehrs. Der in den letzten Wochen vieldiskutierte Wirtschaftsverkehr wird dabei am meisten davon profitieren, wenn es durch die Umsetzung des STEP tatsächlich gelingt, die Sicherheit und Attraktivität des Umweltverbundes so zu stärken, dass mehr Menschen weniger Wege mit dem Auto absolvieren und mehr mit der LVB und dem Rad fahren oder zu Fuß gehen.

Das Beispiel des Citytunnels zeigt aber auch: Um wirklich attraktive Angebote zu schaffen, werden wir insbesondere im ÖPNV mehr Geld investieren müssen. Da besteht angesichts der neuen Landesregierung zumindest bei mir eine gewisse Hoffnung, dass auf Landesebene ein Umdenken stattfinden wird. Jedoch werden auch wir als Stadt Leipzig unsere Hausaufgaben machen müssen: In diesem Sinne ist nach der Verabschiedung des STEP Verkehr und öffentlicher Raum vor der Fortschreibung des Nahverkehrsplanes und im Anschluss daran dringend die Überprüfung des Verkehrsleistungsfinanzierungsvertrages notwendig. ●



Foto: Cordula Rosch



Daniel von der Heide
 Stadtrat
 verkehrspolitischer Sprecher
 Jahrgang 1983
 FA Stadtentwicklung und Bau •
 Verwaltungsausschuss •
 Rechnungsprüfungsausschuss •
 Vergabegremium VOB •
 Aufsichtsrat LVB •
 Verbandsrat Zweckverband Naherholungsgebiet Kulkwitzer See

Berichte aus dem Stadtrat

Antrag des Migrantinnenbeirats für direkte Wahl der Mitglieder des Migrantinnenbeirates erfolgreich

Da der Anteil der Migrantinnen und Migranten derzeit 10 % in Leipzig beträgt, sollen sie selbst über ihre Vertretung im Migrantinnenbeirat entscheiden. Diese Wahl wird die 16 Mitglieder ausländischer Herkunft betreffen. Die übrigen 6 Mitglieder werden durch die gewählten Stadträte ihrer Fraktion vorgeschlagen und letztendlich, ebenso wie die 16 Mitglieder ausländischer Herkunft, durch den Stadtrat bestätigt. Die nun beschlossene Direktwahl wird den Anspruch auf Wählervertretung der einzelnen Mitglieder stärken, wie Erfahrungen in anderen Städten zeigen. Der Migrantinnenbeirat wird sich vorher neu bilden, entsprechend dem bisherigen Verfahren.

Doppik: Fluch oder Segen?

von Nicole Lakowa

Doppik ist ein Kunstwort bzw. eine Abkürzung aus der Betriebswirtschaftslehre, insbesondere der Buchführung bzw. Buchhaltung, welches die doppelte Buchführung in Konten bzw. in Kommunen/Körperschaften meint.

Der Begriff Doppik wird vorzugsweise in der öffentlichen Verwaltung im Zusammenhang mit der Umstellung von der Kameralistik, also der Buchführung mit Einnahme- und Ausgaberechnung bzw. reinen Zahlungsströmen, hin zu den Gepflogenheiten der Privatwirtschaft – einschließlich einer Ergebniskontrolle – verwendet. Diese Umstellung ist zentraler Bestandteil des neuen kommunalen Finanzmanagements. Im kaufmännischen Bereich ist die doppelte Buchführung üblich.

Was bedeutet dies für den kommunalen Haushalt?

In der bisher verwendeten Kameralistik wurden ausschließlich Einnahme-Ausgabe-Buchungen betrachtet. Die Doppik hingegen ist eine Buchführungsmethode, welche die Soll- und Habenseite erfasst. Damit werden sowohl Vermögen und Schulden als auch der vollständige Ressourcenverbrauch dargestellt. Die tatsächlichen wirtschaftlichen Verhältnisse einer Kommune sind somit erfassbar.

Welche Vorteile bietet die Doppik?

Da der Haushaltsplan nach Produkten gegliedert ist, soll er ein höheres Maß an Transparenz und Kontrolle bezüglich der Aufgabenwahrnehmung der Kommune und der politischen Schwerpunktsetzung bewirken. Die doppelte Buchführung ermöglicht somit eine leichtere Integration der Kosten- und Leistungsrechnung sowie die Möglichkeit eines konsolidierten Gesamtabschlusses einschließlich aller Eigenbetriebe, Eigenbeteiligungen und Zweckgesellschaften. Damit soll auch eine Beurteilung der Generationengerechtigkeit ermöglicht werden.

Welche Nachteile hat die Doppik?

Zur Erfassung des Anlagevermögens für die Eröffnungsbilanz ist eine Bewertung der kommunalen Liegenschaften und Sachwerte notwendig. Damit kommt der Eröffnungsbilanz eine herausragende Rolle zu. Doch gerade hier steckt Konfliktpotenzial. Die Bewertung der Liegenschaften und

Sachwerte ist mit hohem Aufwand verbunden und die Spielräume bei der Bewertung lassen großzügige Interpretationen zu, die über das Eigenkapital der Gebietskörperschaft nennenswert entscheiden. Als Beispiel sei die Frage aufgeworfen, wie viel ist das neue Rathaus in Leipzig wert, welchen Wert haben 380 Ampelanlagen oder 251.000 Kunstgegenstände? Als Bewertungsmethodik werden Verfahren des Anschaffungs- und Herstellungswertes und das Ertrags- und Nutzwertverfahren angewendet. Dies bedeutet, dass sich der Wert einer Liegenschaft oder eines Sachgegenstandes aus dem Kaufwert, den Anschaffungs- und Herstellungskosten und dem Wiederveräußerungswert ableiten lässt. Kaufwert und Wiederveräußerungswert bei einer kommunalen Liegenschaft sind jedoch sehr selten identisch.

Zusammenfassend lässt sich feststellen, dass Vorteile der Doppik durchaus vorhanden sind, jedoch eine Reihe von Fallstricken bei der Bewertung des kommunalen Vermögens bestehen. Dies hat wiederum Einfluss auf den Ergebnishaushalt einer Kommune. Darüber hinaus erscheint mir die propagierte Generationengerechtigkeit und Transparenz nicht ausschließlich mit dem verwendeten Buchhaltungssystem zusammenzuhängen. Wirtschaften zulasten späterer Generationen ist Ergebnis politischer Entscheidungen und hängt nicht in erster Linie von der Wahl des Buchführungssystems ab. Dennoch halte ich die Doppik für ein gutes Instrument, um die zukünftigen finanziellen Probleme einer Kommune zu erkennen und damit politischen Entscheidungsträgerinnen und -trägern eine frühzeitige Gegensteuerung zu ermöglichen. ●

Berichte aus dem Stadtrat

Umgehungsstrecke für Skater am Nordufer des Cospudener Sees wird umgesetzt – Erfolg für Bündnis 90/Die Grünen

Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen hat beantragt, die Kopfsteinpflaster-Kreuzung nördlich des Rundweges zugunsten einer Asphaltdecke zu entschärfen, da diese eine Gefahrenstelle für Skater und Radfahrer darstellt. Die Verwaltung sollte dazu die Untersuchungsergebnisse von 2008 sofort



Nicole Lakowa
Stadträtin, stellvertretende Fraktionsvorsitzende finanzpolitische Sprecherin
Jahrgang 1973
ein Kind, Lebensgemeinschaft

Dipl. Pflege- und Gesundheitswissenschaftlerin

FA Finanzen • Betriebsausschuss Jugend, Soziales, Gesundheit • Rechnungsprüfungsausschuss • Aufsichtsrat Kommunale Wasserwerke Leipzig GmbH (KWL) • Aufsichtsrat Leipziger Altenpflegeheime GmbH • Versammlungsversammlung Zweckverband Abfallwirtschaft Westsachsen

umsetzen. Die Verwaltung legte kurz vor der Ratssitzung dazu eine positive Stellungnahme vor und will nunmehr den gesamten Kreuzungsbereich umgestalten und asphaltieren. Im Rahmen der Evaluation des Kreuzungsbereiches soll bis März 2015 die gefährlose Passage einer Prüfung unterzogen und anschließend umgehend umgesetzt werden. Wir erwarten die Realisierung bis zu den Sommerferien!

Die Diskussion der letzten Monate um die Beteiligung der Stadt Leipzig an der **Finanzierung des 100. Deutschen Katholikentages mit 1 Mio. Euro** endete mit einer Ablehnung des Änderungsantrages der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, die eine Zuschussreduzierung auf 300.000 Euro forderte. Zentrale Kritikpunkte an der Vorlage waren, dass die von den Veranstaltern avisierte Drittelfinanzierung mit 46 % öffentlicher Mittel deutlich überschritten wird, im Vorfeld kein qualifiziertes Finanzkonzept vorlag und der Zuschuss als Barmittel nachweisfrei ausgereicht wird. Zudem kritisierte die Fraktion, dass der OBM bereits im Jahr 2013 mit den Veranstaltern im Hinterzimmer einen Millionenzuschuss vereinbarte, ohne die Gremien des Stadtrates einzubeziehen.

Leipzig spart weiter auf Kosten der Tagesmütter und -väter!

von Michael Schmidt

Den Maßstab bei der Neufestsetzung der sogenannten laufenden Geldleistung bei Tagesmüttern und -vätern in der Stadt Leipzig bildete wieder einmal der knappe städtische Haushalt und weniger die eigentlich erwartbare und zu erbringende Leistung der Tagespflegepersonen im Bereich der Betreuung der unter 3-Jährigen. Bedenkt man, dass ein Betreuungsplatz in der Kita für die Stadt etwa doppelt so teuer ist als in der Tagespflege, hätte der Wurf ein großer werden können. Wurde er aber nicht ...

Nachdem im Vorjahr das Leipziger Verwaltungsgericht die überaus geringe „Entlohnung“ auf Basis der selbstständig tätigen Tagesmütter und -väter scharf kritisiert und die Stadt zu einer Neufestsetzung verurteilt hatte, musste der Stadtrat in seiner Februarsitzung nunmehr über einen Verwaltungsvorschlag abzustimmen. Dieser sah auf der einen Seite zwar eine bedeutende Erhöhung der Förderleistung um etwa 350 €, also zugunsten der eigentlichen Lohntüte der Tagesmütter, vor, auf der anderen Seite aber eine drastische Reduzierung der dazugehörigen Sachkostenpauschale.

Während eine Tagespflegeperson bislang für die 9-stündige Betreuung eines Kindes monatlich insgesamt 536 € erhielt (163 € Förderleistung + 330 € Sachkosten + 43 € Alterssicherung), sollen es zukünftig 626 € sein (513 € Förderleistung + 113 € Sachkosten + 42 € Alterssicherung). Zwar bedeutet diese Erhöhung um insgesamt knapp 17 % ein scheinbares monatliches Bruttoplus von etwa 400 € (bei der Betreuung von vier bis fünf Kindern), doch sieht die Realität deutlich anders aus.

Die zukünftig ausgezahlten Sachkosten sinken um zwei Drittel. Darin enthalten sind Kosten für die Miete (mindestens 40 qm), die tägliche Reinigung der Betreuungsräume, für sämtliche Beschäftigungsmaterialien, für Weiterbildungen (20h/Jahr sind Pflicht, mehr sind wünschenswert), für Versicherungen, Betriebskosten, Verwaltungskosten, Ersatzbeschaffung von Mobiliar etc.

Wie all diese Aufwendungen mit einer Sachkostenpauschale von monatlich 500 € gestemmt werden sollen, bleibt das Ge-

heimnis der Verwaltung sowie der SPD, CDU und AfD, die dies so beschlossen haben. In der Realität werden die Tagesmütter und -väter dadurch nicht umhinkommen, Geld aus der gezahlten Förderleistung (also aus ihrer Lohntüte) zu nehmen, um damit die fehlenden Sachkosten auszugleichen. Damit wird am Ende für sie kaum mehr Geld herauspringen als bislang. Oder die Qualität in der Tagespflege sinkt rapide.

Aufgrund dessen werden sie auch kaum Mittel für schlechte Zeiten zur Seite legen können. Das unternehmerische Risiko, welches sie als Selbstständige haben und das durch Krankheits- und Urlaubstage, durch Weiterbildungen und nicht besetzte Plätze, etwa bei Vertragsübergängen, sehr präsent ist, wird nur mit 30 gezahlten Nichtleistungstagen von der Stadt getragen – nicht ausreichend, um ohne gebildete Rücklagen den Alltag zu bestreiten.

Reinigungskosten werden von der Verwaltung mit 50 € monatlich veranschlagt, in Zeiten von Mindestlohngesetz (zum Vergleich: der Mindestlohn Ost für eine Reinigungshilfe liegt derzeit bei 8,21 €) ist das eine Frechheit. Eltern erwarten zu Recht täglich saubere Betreuungsräume und Sanitäranlagen. Dass die CDU meint, dies könne doch in den Mittagspausen erledigt werden, ist aufgrund der durchgehenden Aufsichtspflicht realitätsfern und ignorant.

Ein Änderungsantrag unserer Fraktion (gemeinsam mit der Fraktion der Linken) fand im Stadtrat leider keine Mehrheit, sondern scheiterte knapp an den Stimmen von SPD, CDU und AfD. Es bleibt somit zu befürchten, dass die Tagesmütter und -väter abermals vor das Verwaltungsgericht ziehen und eine erneute Klage gegen das Berechnungsmodell anstrengen werden. ●



Foto: Cordula Rosch



Michael Schmidt
Stadtrat jugend-, familien- und sportpolitischer Sprecher
Vorsitzender des Petitionsausschusses,
Jahrgang 1977

Kommunikations-/Medienwissenschaftler und Politologe
Lebensgemeinschaft, 2 Kinder

Petitionsausschuss (Vorsitzender) • Jugendhilfeausschuss • (inkl. Unterausschuss Finanzen) • FA Sport • Kinder- und Familienbeirat • Aufsichtsrat LVB • Aufsichtsrat Sportbäder Leipzig GmbH (SBL) • Jugendbeirat

Berichte aus dem Stadtrat

Der Stadtrat hat den **Baubeschluss zum Neubau der Sportoberschule** mit Dreifeldhalle in der Max-Planck-Straße abgesegnet. Die Inbetriebnahme der Schule ist für Mai 2018 geplant, die Baukosten belaufen sich nach aktuellem Plan auf ca. 19 Mio. €, wovon die Stadt Leipzig 11,6 Mio. € als Eigenanteil tragen muss. Das Gebäude der bisherigen Sportoberschule, ebenfalls in der Max-Planck-Straße, wird dann anschließend als Grundschule für den Stadtbezirk Mitte genutzt und löst damit ab 2018 den sogenannten Bildungscontainer der Schule 5 in der Eitigonstraße ab. Der Beschluss folgt damit nur wenigen Tagen nach der Entscheidung zugunsten des **Internats für die Sportoberschüler** in der Kolonnenstraße. Hier gab es monatelange Differenzen zwischen Freistaat und Stadt um die Zuständigkeit für die soziale Betreuung im Internat. Schließlich entschieden die Fraktionen des Stadtrates durch einen gemeinsamen Haushaltsantrag die Sicherung des Internatsbetriebes durch Beteiligung der Stadt Leipzig. Demnach wird die Stadt zukünftig 5 SozialarbeiterInnen am Sportinternat Kolonnenstraße beschäftigen.

Neuer Schwimmhallenbau bis 2019!

von Michael Schmidt

550.000 Einwohner, seit mehreren Jahren kommen weitere je 10.000 Bürgerinnen und Bürger dazu, bei den Geburtenzahlen erlebt Leipzig Jahr für Jahr neue erfreuliche Rekorde, Kitas sprießen mittlerweile aus dem Boden, 28 neue allein in diesem Jahr werden dringend erwartet. Bei den Schulen wird nachgezogen. Und bei den Schwimmhallen?

Mehr Kinder heißt mehr Schwimmunterricht, mehr Kinder, Jugendliche und Erwachsene heißt mehr Mitglieder in den Schwimmvereinen, mehr Seniorinnen und Senioren heißt mehr Bedarf an Rehasport und Schwimmflächen für Physiotherapien und Krankenkassen.

Die Sportbäder Leipzig GmbH steht vor großen Herausforderungen, die sie aus eigener Kraft nicht stemmen können. Denn allein längere Öffnungszeiten für freies Schwimmen, wie von den FDP-Stadträten gefordert, werden das Problem keinesfalls lösen, sondern vielmehr die genannten Nutzergruppen gegeneinander ausspielen.

In der Februarsitzung des Stadtrates wurde daher ein Änderungsantrag von Grünen und SPD beschlossen, wonach der dringend benötigte Bau einer neuen Schwimmhalle, vorzugsweise im Leipziger Osten, möglichst bis 2019 realisiert werden soll – die einzig zielführende Alternative, um den Schwimmflächenbedarf der Zukunft decken zu können.

Bislang plant die Sportbäder Leipzig GmbH einen Neubau ab 2020, Fertigstellung also nicht vor 2022, weil sie bis 2020 die Kredite für das Sportbad an der Elster abzahlen muss. Ohne die Unterstützung der Stadt ist ein weiterer Neubau also nicht zeitnah realisierbar. Genau dazu wurde die Stadt mit dem Beschluss nun aber aufgefordert, um in Zeiten des rasanten Bevölkerungswachstums auch in den kommenden Jahren Schul- und Vereinsschwimmen sowie Schwimmzeiten für alle Bürgerinnen und Bürger absichern zu können.

Da die fraktionslosen Stadträte der gescheiterten FDP-Fraktion diesen Änderungsvorschlag zu ihrem populistischen und inhaltlich falschen Antrag zur Ausweitung der Nutzungszeiten in Leipzigs Schwimm-

hallen in der Ratssitzung kurzerhand übernahmen, gelang ihnen erstmals seit Jahren ein sinnvoller Beschluss. Dazu „gratulieren“ wir herzlich! ●

Berichte aus dem Stadtrat

Erhöhung des Zuschusses der Stadt Leipzig an die LTM GmbH zur Tourismusförderung ab 2014 bis 2017 beschlossen

Die Erhöhung der Mittel für die LTM ist angesichts der wachsenden Stadt Leipzig und ihres immer stärker werdenden Tourismus-Stellenwertes ein konsequenter Schritt, zumal sich die Ausgaben für die LTM stets amortisieren. Unklar bleibt jedoch, wofür die Mehrbedarfe konkret gebraucht werden bzw. an welchen Stellen man Mehrinvestitionen tätigen wird. Hintergrund ist das nach wie vor nicht vorliegende und von unserer Fraktion mehrfach eingeforderte Tourismuskonzept. Dieses befindet sich seit vielen Monaten in der Erarbeitung und zeigt die Konzeptlosigkeit von Bürgermeister Albrecht einmal mehr deutlich auf. Die Verwaltung übernahm den SPD-Änderungsantrag, nachdem 4 Fraktionen bekundet hatten, dass sie auch dafür seien den Zuschuss auch für 2017 auf dem Niveau von 2016 festzuschreiben.

Nach Auslaufen der arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen wie der Bürgerarbeit wird mit der Fortschreibung des Entwicklungskonzeptes versucht, Alternativen zur personellen **Absicherung der Schulbibliotheken und Leseräume an städtischen Schulen** auf den Weg zu bringen. Die Bibliotheken sollen nunmehr hauptsächlich durch Freiwilligendienste, Freiwilliges Soziales Jahr, Honorarkräfte, Minijobs, Ehrenamtler und arbeitsmarktpolitische Maßnahmen (Förderung von Arbeitsverhältnissen) abgesichert sein. Zudem wird an zahlreichen Schulen nur noch eine stundenweise Öffnung möglich sein oder mehr Mittel für Ganztagsangebote der Schulen zur ganztägigen personellen Betreuung der Leseräume genutzt und damit für andere Ganztagsangebote fehlen. Sechs Schulen haben leider keine Mittel beantragt und werden

damit voraussichtlich ihre Schulbibliotheken bzw. Leseräume nicht öffnen können. Die beeindruckende Allee aus alten und jungen Linden, die teilweise doppelreihig die Naunhofer Straße begleiten, ist aus unserer Sicht und aus Sicht des Stötteritzer Bürgervereins wert, (wieder) unter besonderen Schutz gestellt zu werden. Wegen der während der Diskussion eingehenden Anregungen wurde unser Antrag erweitert und nun wird von uns auch die Unterschutznahme der sich anschließenden Platanenallee gefordert. Die Einordnung eines Naturdenkmals erfolgt nach festgelegten Kriterien, die wir für gegeben ansehen. Leipzig hat innerorts keine weitere derartige historische und größtenteils erhaltene Baumallee vorzuweisen. Wenn die **Linden- und Platanenallee Naunhofer Straße wieder Naturdenkmal** wird, ist eine Veränderung am Baumbestand ausgeschlossen, es gilt bei Straßenreinigung und Winterdienst, den Gesundheitszustand der Bäume zu wahren. Unserem Antrag wurde durch den Stadtrat mehrheitlich zugestimmt.

Zur dauerhaften **kulturellen Weiternutzung der ehemaligen Theater-Spielstätte Skala** beschlossen wir unter Beteiligung von Die LINKE erfolgreich den Antrag, dass das Grundstück Gottschedstraße 16 (ehemalige Spielstätte Skala) einer dauerhaften kulturellen Nutzung zugeführt wird und die Stadtverwaltung den potentiellen Nutzern aus der Freien Szene gezielt zur Nutzung und Erbbaurecht anbietet und eine Wiedereröffnung von der Stadtverwaltung unterstützt wird. Es handelt sich um das letzte innerstädtische Gebäude an dieser exponierten Stelle und sollte auch Weiterhin für eine kulturelle Nutzung zur Verfügung stehen. Gerade diese kleinen Spielstätten machen das Flair des Schauspielviertels aus und sind Juwelen des Quartiers. Sie erinnern auch daran, wie lebendig die Innenstadt an Kultur war und ist – und bleiben sollte. Die Einrichtung als Dokumentarfilmstätte wäre z.B. eine Option, wofür es auch ein nachhaltiges Konzept gibt.

20. März 2015 – Internationaler Tag für Lohngerechtigkeit – der „Equal Pay Day“

von Dr. Gesine Märtens

Der „Equal Pay Day“ ist aus gutem Grund seit einigen Jahren ein wichtiger Bestandteil Grüner Frauenpolitik. Die Benachteiligung von Frauen auf dem Arbeitsmarkt ist einer der vier großen Armutsfaktoren der Welt. Gewalt an Frauen, mangelnde Gesundheitsversorgung und schlechte Bildungschancen sind die anderen drei.

Die Benachteiligung von Frauen auf dem Arbeitsmarkt macht Länder weltweit arm. In Deutschland ist sie eine Ursache für die mangelnde Existenzsicherung von Frauen. Wir arbeiten für eine sozial gerechte Gesellschaft also auch für geschlechtergerechte Bezahlung. Das Ziel des Aktionstages Equal Pay Day ist die Lohnschere zu schließen. Der Weg ist die Forcierung der öffentlichen Debatte über die Gründe der Entgeltunterschiede zwischen Männern und Frauen und über die Schritte zu ihrer Abschaffung. Die Einfügung eines Entgeltgleichheitsgesetzes kann ein wichtiger nächster Schritt sein,

Brauchen wir den Equal Pay Day in Ostdeutschland überhaupt?

In Ostdeutschland beträgt die Lohngerechtigkeitslücke nur 8 % und liegt damit deutlich unter den bundesweiten 22 %. Aber 8 % sind ja nun auch nicht wenig. Wenn deutsche Gewerkschaften nach Streiks und intensiven Verhandlungen Tarifsteigerungen von rund 3 % erreichen, herrscht vollste Zufriedenheit. Auch 8 % mehr Einkommen würde sich für die Frauen in Leipzig lohnen.

Transparenz: Spiel mit offenen Karten – was verdienen Männer und Frauen?

Transparenz ist 2015 das Motto dieses Tages. Am besten bekämpfen wir schließlich die Missstände, die wir genau benennen können. Wie viel verdient wer wo? Diese Infor-



Foto: Gesine Märtens

mationen würden individuelle Lohnungerechtigkeiten offen legen und individuelles Handeln möglich machen. Aber die meisten Lohn- und Gehaltsempfänger*innen wissen nicht einmal, dass die Verschwiegenheitsklauseln in ihren Arbeitsverträgen rechtswidrig sind.

Wie kann Kommunalpolitik in Leipzig Entgeltgleichheit fördern?

Die Kommune Leipzig muss in ihren eigenen Unternehmen Lohn- und Einkommensstrukturen mit dem eg-Check (www.eg-check.de) auf Entgeltgleichheit überprüfen und aufgedeckte Unterschiede beseitigen. Sie kann dazu jährlich Fortschrittsberichte aus den Unternehmen einfordern. Darüber hinaus könnte die Kommune geprüfte Entgeltgleichheit als Kriterium in ihre Vergabeordnung aufnehmen, um so Unternehmender Privatwirtschaft zu ermuntern, Entgeltgleichheit zu prüfen herzustellen. ●

Infobox

„FRAUEN SIND 100% WERT“

So heißt ein bündnisgrüner Flyer, der häufig bei Aktionen verteilt wird. Das Forum Equal Pay Day bietet ebenfalls Flyer und Aktionsmittel unter www.equalpayday.de.

Wann ist Equal Pay Day – der Tag für gerechten Lohn?

Angenommen Männer und Frauen bekämen den gleichen Stundenlohn: Dann steht der Equal Pay Day für den Tag, bis zu dem Frauen in Deutschland umsonst arbeiten, während Männer schon seit dem 1. Januar für ihre Arbeit bezahlt werden.

Geschlechterlohnücke – Gender Pay Gap

Die Lohnlücke wird vom Bundesamt für Statistik berechnet. Der sogenannte „unbereinigte“ Gender Pay Gap, das heißt der Unterschied im durchschnittlichen Bruttostundenverdienst von Frauen und Männern in Deutschland liegt bei 22 %. Der bereinigte Gender Pay Gap beziffert,



Dr. phil. Gesine Märtens
Stadträtin, stellvertretende Fraktionsvorsitzende gleichstellungspolitische Sprecherin, Jahrgang 1971
Therapeutin,
Sozial- und Kulturwissenschaftlerin, Partnerschaft, zwei Töchter
FA Jugend, Soziales, Gesundheit und Schule • FA Kultur • Betriebsausschuss Kulturstätten • Gleichstellungsbeirat Aufsichtsrat LEVG • Aufsichtsrat LEVG & Co.KG

dass Frauen bei vergleichbarer Qualifikation und Tätigkeit pro Stunde durchschnittlich 7 % weniger verdienen als Männer.

Die Geschichte des Equal Pay Day

Erdacht haben die Amerikaner*innen den Equal Pay Day schon 1966. Wiederbelebt wurde er 1988 durch die „Red Purse Campaign“ der amerikanischen Abteilung des Berufsfrauennetzwerkes „Business and Professional Woman“ (BPW). Die Frauen von BPW Germany starteten 2007 die „Initiative Rote Tasche“ in Deutschland.

Die roten Taschen sollen für „rote Zahlen“ stehen und dafür, dass Frauen „weniger in der Tasche“ haben als Männer.

Leipzig und die Demokratie

von Norman Volger

25 Jahre nach der Friedlichen Revolution ist es Zeit, die Frage zu stellen, wie es bestellt ist um die Demokratie in unserer Stadt. Einer Stadt die in den letzten Jahren eine Menge Skandale durchgemacht hat, durch die aktuell jeden Montag Nazis marschieren und in der bei den letzten Kommunalwahlen die AfD bei bedauerndem niedriger Wahlbeteiligung in den Stadtrat gewählt wurde.

Auf den ersten Blick könnte man meinen, alles wofür vor 25 Jahren mutige Menschen auf die Straße gegangen sind, war umsonst. Doch weit gefehlt. Die Demokratie funktioniert – trotz Skandalen, die vielleicht nicht alle aufgeklärt sind, aber nur in einer Demokratie überhaupt ans Tageslicht kommen, und obwohl oder gerade weil die Nazis der Legidabewegung jeden Montag den Ring in Leipzig missbrauchen dürfen. Auch wenn es uns nicht passt, dass Legida damit das Erbe der friedlichen Revolution beschmutzt – nur eine Demokratie erlaubt es auch noch so hasserfüllten Menschen, ihre Meinung kundzutun. Und die Demokratie funktioniert auch bei niedriger Wahlbeteiligung und der AfD als verlängertem Arm der Legida im Stadtrat. Eine Demokratie hält es aus, dass viele Bürger und Bürgerinnen ihr Wahlrecht nicht wahrnehmen. Rechtspopulistische Parteien gab es schon früher und wird es auch zukünftig geben.

Also alles in Butter? Nein. Eine Demokratie ist keine Selbstverständlichkeit. Sie muss geschützt werden – bei Korruptionsskandalen durch mutigen investigativen Journalismus, ansonsten durch Polizei und Staatsanwaltschaft. Bei genauerem Hinsehen bleibt da leider in Sachsen und auch bei uns in Leipzig ein fader Beigeschmack. Die Polizei wird abgebaut und ihrer Handlungsfähigkeit beraubt, die Staatsanwaltschaft in Sachsen scheint politisch motiviert und auf dem rechten Auge blind zu sein, und Printpresse und Fernsehen orientieren sich allein an Nutzerzahlen, aber nicht an der Qualität.

Demgegenüber hebt sich die Bürgerschaft unserer Stadt wohltuend ab. Als die Pegidabewegung aus Dresden nach Leipzig schwappte und bei uns versuchte, einen Nährboden für menschenverachtende Ideologien zu finden, waren Leipzig bereit. 35.000 Demokratinnen und Demokraten

gingen auf die Straße, um klarzustellen, das in Leipzig Rechtspopulismus, Rechts-extreme und Verschwörungstheorien eine Randerscheinung darstellen und Anstand und Würde in dieser Stadt etwas zählt. Und ja, ich spreche es der Legida und ihren Befürworterinnen und Befürwortern ab, Demokratinnen und Demokraten zu sein. Hätten sie die Macht, würden Andersdenkende und Andersaussehende nicht geschützt werden. Es ist ja gerade deren Ziel, bestimmte Menschengruppen zu entrechten und den Grundkonsens unserer Gesellschaft, das Grundgesetz, anzugreifen.



Foto: Michael Schmidt

Nun besteht gerade in einer Demokratie immer die Möglichkeit, dass Splittergruppen mit eigenartigen bis gefährlichen Ideologien in das Parteiensystem eindringen. Eine niedrige Wahlbeteiligung hilft diesen Gruppen natürlich ungemein. Daher muss es schon nachdenklich stimmen, dass so wenige von ihrem Recht bei Wahlen Gebrauch machen. Eine Demokratie muss verteidigt werden, auch mit einem Kreuz auf dem Stimmzettel. Gefährlich aber wird es, wenn sich große Volksparteien an den radikalen Splittergruppen orientieren und deren Inhalte und Sprachduktus salonfähig machen. Die Floskel „Das wird man doch wohl noch sagen dürfen“ ist hierfür exemplarisch. Und genau an diesem Punkt ist auch unsere Stadtratsfraktion gefragt. Wir werden die AfD genau beobachten und entlarven, wenn sie den politischen Diskurs aus der Mitte nach rechts verschieben will. Genauso, wie wir leider nach den ersten Monaten der neuen Wahlperiode die CDU beobachten müssen, da hier bedauerndem wertweise Tendenzen zur Übernahme rechtspopulistischer Positionen festzustellen sind.

Aber wir sind gerade am Beginn der neuen Wahlperiode und vor uns liegt ein unbe-



Norman Volger
Fraktionsvorsitzender ordnungspolitischer Sprecher Jahrgang 1978 Abschluss in Politikwissenschaft, Soziologie,

Kommunikations- und Medienwissenschaft, verheiratet, 2 Kinder

Ältestenrat • Vergabegremium VOL • FA Sport • FA Umwelt und Ordnung • Verwaltungsausschuss • Aufsichtsrat Kommunale Wasserwerke Leipzig GmbH (KWL)

stelltes Feld. Ich verspreche Ihnen, Bündnis 90/Die Grünen werden auch die nächsten fünf Jahre nicht müde, die Errungenschaften der Friedlichen Revolution und die Demokratie zu verteidigen. Anstand und Menschenwürde sind auch zukünftig Grundpfeiler unserer Arbeit im Stadtrat. ●

Berichte aus dem Stadtrat

Planungsbeschluss zur Kapazitätserweiterung 77. Schule am Standort der Riebeckstraße 50 einstimmig

Mit dem Beschluss der Ratsversammlung soll die 77. Schule in der Riebeckstraße nunmehr durch einen Erweiterungsbau zusätzliche Kapazitäten bekommen und mit der anschließenden brandschutztechnischen Ertüchtigung zu einer vierzügigen Schule erweitert werden. Somit wird eine Schülerzahlerhöhung von 180 auf 448 Grundschüler in der 77. Schule möglich. Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen begrüßt diese Entscheidung sehr, da die Realisierung des Erweiterungsbaus zur Folge hat, dass die gleichzeitig im Gebäude beheimatete Förderschule am Thonberg für geistig Behinderte mit insgesamt 80 Schülerinnen und Schülern am Standort verbleiben kann. Ursprünglich war von der Verwaltung geplant, die Förderschule nach Paunsdorf umzusiedeln, was zu großem Widerstand in Politik und Öffentlichkeit führte.

Alte Probleme als immerwährende Herausforderungen

von Dr. Judith Künstler

Nun ist auch 2015 schon wieder fast zwei Monate alt und ein erster Blick zurück zeigt, dass der politische Jahresbeginn dabei eher vielfältige Herausforderungen als eine ruhige Anlaufphase bereithielt.

Das trifft zunächst einmal ganz persönlich auf mich selbst zu. Als ich letztes Jahr gefragt wurde, ob ich für den Stadtrat kandidieren möchte, war ich zuallererst skeptisch, ob es für mich neben meiner beruflichen Belastung als Hausärztin mit eigener Praxis tatsächlich möglich ist, ein politisches Mandat auszuüben. Und wie erwartet, bedeutete das Mandat als neugewählte Stadträtin für mich zunächst, sich in Berge an Papier einzuarbeiten und viel Zeit damit zu verbringen, zu versuchen, die für mich neuen Abläufe bestmöglich zu verstehen.

Doch habe ich auch merken dürfen, dass die Fraktion und der Stadtrat gute Orte sind, um sich dafür einzusetzen, dass Leipzig eine Stadt ist, in der es allen Menschen ermöglicht wird, gleichberechtigt am gesellschaftlichen Leben teilzuhaben, und wie wichtig es ist, sich für dieses Ziel stets aufs Neue Zeit zu nehmen.

Dabei ist in den vergangenen Monaten aber leider immer wieder deutlich geworden, wie notwendig dieser Einsatz für die gleichberechtigte Teilhabe aller Menschen nicht nur bei der Arbeit im Stadtrat, sondern auch ganz unbürokratisch und jenseits von Mandatspolitik ist. Wir alle – und auch das haben die letzten Monate gezeigt – können uns nicht einfach darauf verlassen, dass das gilt, was eigentlich gelten muss, nämlich dass allen Menschen Respekt und Anerkennung entgegengebracht wird, sondern vielmehr muss eben genau dieser Grundsatz immer wieder von uns allen verteidigt werden.

Dabei denke ich natürlich zunächst an Pegida, Legida und all die anderen, die meinen, dass „die Freiheit“ geschützt würde, indem Menschen wegen ihres Glaubens oder ihrer Herkunft stereotyp zur Bedrohung erklärt werden. Sich solchem Rassismus entgegenzustellen – wie es in Leipzig zum Glück immer wieder in großen Gegendemonstrationen geschieht – bleibt eine konstante Aufgabe, die wir (leider) nicht hinter uns lassen können.

Dabei denke ich aber beispielsweise auch an die sogenannten „Besorgten Eltern“, die in Dresden und anderswo gegen das Sprechen über Lesben, Schwulen und Transsexuelle in der Schule demonstrieren und vor der mit dieser Thematisierung vermeintlich eintretenden „Frühsexualisierung“ warnen. Auch hier ist es wichtig und zum Glück der Fall, dass sich in Gegendemonstrationen eindeutig gegen diese Homophobie gewandt wird.

Genauso wichtig wie die Gegendemonstrationen auf den Straßen ist dabei auch die Arbeit von Vereinen und anderen Institutionen, die – wie beispielsweise die Rosa-Linde oder das Antidiskriminierungsbüro Sachsen – kontinuierlich politische Bildungsarbeit leisten und Beratungsangebote zur Verfügung stellen. Wie notwendig deren Arbeit ist, zeigen Bewegungen wie Legida oder die „Besorgten Eltern“ in erschreckender Klarheit auf.

Mein kommunalpolitisches Engagement zielt darauf ab, mich dafür einzusetzen, dass Leipzig eine Stadt ist, in der Menschen, unabhängig davon, wo sie herkommen, welcher Religion sie angehören und welche geschlechtliche oder sexuelle Identität sie haben, Anerkennung und Respekt entgegengebracht wird. In diesem Sinne wünsche ich uns für den Rest von 2015 vielleicht ein bisschen mehr Ruhe, aber weiterhin viel Kraft für alte Probleme und immerwährende Herausforderungen. ●



Foto: Michael Schmidt



Dr. Judith Künstler
Stadträtin gesundheitspolitische Sprecherin Jahrgang 1970 Hausärztin, 1 Kind

Betriebsausschuss Jugend und

Soziales • Aufsichtsrat Städtische Bestattungswesen GmbH • Drogenbeirat

Berichte aus dem Stadtrat

Louise-Otto-Peters-Preis – Verleihung durch die Stadt Leipzig beschlossen

Der Stadtrat beschloss die Vergabe eines Preises, erstmalig im Oktober 2015 (dem 100. Gründungsjahr des Ersten Allgemeinen Deutschen Frauenvereins) zur Ehrung besonderer Leistungen zur Förderung der Gleichstellung von Frauen und Männern. Dieser Preis kann für ehrenamtliches oder hauptamtliches Engagement verliehen werden und wird mit 5000 Euro dotiert sein. Dem Preis werden mehrere Kriterien zugrunde liegen. Der Preisjury werden Stadträtinnen und Stadträte aller Fraktionen, drei Mitglieder des Beirates für Gleichstellung, die Gleichstellungsbeauftragte der Stadt Leipzig und die Leiterin des Referates Protokoll angehören.

Neufassung der Verordnung über Beförderungsentgelte und -bedingungen im Gelegenheitsverkehr mit Taxen im Pflichtfahrbereich Leipzig beschlossen

Der Landesverband der Sächsischen Taxi- und Mietwagenunternehmer e. V. beantragte eine Erhöhung der seit 2012 geltenden Beförderungsentgelte. Diese wurden auch an die Stadt Halle sowie den Landkreisen Leipzig, Nordsachsen und dem Saalekreis gestellt. Damit soll ein einheitlicher Tarif weiterhin möglich sein, jedoch zu höheren Konditionen. Die Ursache: der flächendeckende Mindestlohn zum 01.01.2015.

Bessere medizinische Versorgung für Asylsuchende und Flüchtlinge durch elektronische Gesundheitskarte

von Petra Čagalj Sejdi

Flüchtlinge und Asylbewerberinnen und -bewerber sind in vielen Bereichen unserer Gesellschaft leider ausgegrenzt. Besonders deutlich wird dies an einer Stelle, die eigentlich für ein Leben in Sicherheit und Frieden besonders wichtig ist: im Gesundheitssystem.

Zwar ermöglicht das Asylbewerberleistungsgesetz eine medizinische Behandlung, doch ist diese von vielen Seiten her eingeschränkt. Medizinische Leistungen werden nur bei akuten Erkrankungen und Schmerzzuständen gewährt. Vorsorgeuntersuchungen, Impfungen oder besondere Pflege können nur für Schwangere und Kinder oder in ganz speziellen Ausnahmefällen gestattet werden.

Dies mag vielleicht auf den ersten Blick ausreichend wirken, macht aber schnell an vielen Stellen deutlich, wie eingeschränkt die Menschen in einer solchen Situation leben müssen. So kann der Besuch beim Zahnarzt nur bei Schmerzen finanziert werden. Eine vorsorgende Kontrolle findet nicht statt, ebenso wenig wird Zahnersatz oder Ähnliches ermöglicht. Solche Leistungen können von einer Ärztin bzw. einem Arzt nur erbracht werden, wenn sie aus medizinischen Gründen nicht aufschiebbar sind oder Folgeschäden bei Unterlassung der Behandlung drohen, z.B. Magenerkrankungen durch fehlende Kaufähigkeit. Viele Ärztinnen und Ärzte sind dadurch verunsichert, befürchten, auf hohen Kosten sitzen zu bleiben, und schließen teure Behandlungen daher von vornherein aus.



Foto: Cordula Rosch

Da Flüchtlinge und Asylsuchende über das Sozialamt versichert sind, müssen alle Facharztuntersuchungen oder Spezialbehandlungen zuvor vom Sozialamt genehmigt werden. In der Praxis funktioniert das so, dass die Betroffenen in jedem Quartal

vor jedem Arztbesuch erst einen entsprechenden Krankenschein beim Sozialamt holen müssen. Alle medizinischen Sonderleistungen wie z. B. Zahnersatz, orthopädische Einlagen, Inhalationsapparate etc. können erst nach nochmaliger Untersuchung beim Gesundheitsamt vom Sozialamt genehmigt werden. Dies führt in der Regel zu vielen Hindernissen und Verzögerungen. Schon beim Beantragen des Krankenscheins im Sozialamt kommt es wegen Sprachschwierigkeiten nicht selten vor, dass Patientinnen oder Patienten den falschen Krankenschein erhalten und aufgrund dessen dann später in den Arztpraxen nicht behandelt werden können.

Ebenso macht es diese Vorgehensweise unmöglich, innerhalb eines Quartals einen zweiten Arzt, eine zweite Ärztin des gleichen Faches aufzusuchen, um z.B. eine zweite Meinung einzuholen, denn jeder Krankenschein kann nur einmal ausgestellt werden. Die Genehmigung von Spezialleistungen dauert lange, es kommt dabei nicht selten vor, dass eine Leistung erst dann genehmigt wird, wenn sie gar nicht mehr benötigt wird. Außerdem können die Krankenscheine nur an bestimmten Wochentagen ausgegeben werden, sodass spontane Arztbesuche im Notfall unmöglich sind.

Neben den genannten Umständen und Hemmnissen lassen sich viele weitere Hindernisse aufzählen. Auch bedeuten die steigenden Flüchtlingszahlen einen erhöhten diesbezüglichen Aufwand im Sozialamt. Die Bundesärztekammer weist darauf hin, dass diese Umstände für den betroffenen einzelnen Menschen gravierende bis existenzielle Auswirkungen und für die Bevölkerung auch eine kollektive Dimension haben, da Infektionskrankheiten nicht oder viel zu spät festgestellt und behandelt werden könnten.

Eine enorme Erleichterung, die zwar nicht alle der aufgezählten Probleme, aber doch wenigstens einen großen Teil beheben könnte, wäre die Einführung einer elektronischen Gesundheitskarte für Asylbewerberinnen und Flüchtlinge. Bestrebungen dazu gibt es bereits bundesweit, in einigen Bundesländern werden sie sogar schon getes-

tet. Leipzig könnte hier als Stadt mit gutem Beispiel vorangehen und in Zusammenarbeit mit einer Krankenkasse diesen großen Schritt in der Versorgung von Flüchtlingen und Asylsuchenden ermöglichen. ●



Petra Čagalj Sejdi
Stadträtin
migrationspolitische Sprecherin
Jahrgang 1978
Germanistik,
Südosteuropawissenschaft,
Kommunikations-
und Medienwissenschaft M.A., verheiratet, zwei Kinder

Jugendhilfeausschuss • FA Wirtschaft und Arbeit • Migrantenbeirat • Aufsichtsrat Leipziger Gewerbe-gesellschaft mbH & CoKG • Aufsichtsrat Leipziger Gewerbehof Service GmbH • Aufsichtsrat Saat-zucht Plaußig GmbH • Verbandsrat Sparkassen-zweckverband

Berichte aus dem Stadtrat

Bündnis 90/Die Grünen erfolgreich: „Internationales Begegnungszentrum Leipzig“ wird beauftragt

Die verschiedenen internationalen Vereine und Städtepartnerschaftsvereine brauchen ein öffentliches Zentrum. Sie könnten für ihre Arbeit in räumlicher Nähe in einem Internationalen Begegnungszentrum und an einem zentralen Ort viele Synergien nutzen. Der Antrag will internationalen Vereinen in Leipzig die Räume und die nötige Unterstützung, wie Büroräume etc. zur gemeinsamen Nutzung zur Verfügung stellen. Der Antrag wird in der Fassung des Verwaltungsstandpunktes erfolgreich abgestimmt, wonach in enger Abstimmung mit den international und interkulturell tätigen Vereinen und Einrichtungen die Bedarfsfrage besprochen und die Förderung und Finanzierung einer zukünftigen Struktur geprüft werden soll.

Kurs halten!

von Tim Elschner

Wie kann die Bürgerbeteiligung in Leipzig im Dialog zwischen Bürgerschaft, Politik und Verwaltung weiter verbessert werden?

Im März 2014 veröffentlichte der OBM sein „Arbeitsprogramm 2020“ mit dem Bekenntnis, dass die Einbindung der Bürgerinnen und Bürger in die städtischen Entscheidungen weiter ausgebaut werden solle. Die Stadtratsfraktion Bündnis 90/Die Grünen ist sich mit dem OBM in der Zielsetzung einig. Deshalb haben wir nun im Februar dazu zwei Anträge mit den Titeln „Fortschreibung der ‚Leitlinien zur Bürgerbeteiligung in der Stadt Leipzig‘ – Bürgerbeteiligungssatzung“ und „frühzeitige Informationen durch Einrichtung einer zentralen Vorhabenliste“ ins Verfahren eingereicht, Kernpunkte des bündnisgrünen Kommunalwahlprogrammes von 2014.

2012 hat der OBM die „Leitlinien zur Bürgerbeteiligung in der Stadt Leipzig“, die in öffentlichen Diskussionen und vom Arbeitskreis Bürgerbeteiligung des „Forums Bürgerstadt Leipzig“ entwickelt wurden, dem Stadtrat mit einer bloßen Informationsvorlage zur Kenntnis gegeben, weil damals kein Konsens insbesondere zwischen der Verwaltung und dem Stadtrat hergestellt werden konnte. Im gleichen Jahr startete der OBM das Beteiligungsprojekt „Leipzig weiter denken“ zu gesamtstädtischen Strategiefragen. Die Förderung des Projektes durch den Bund mit 250.000 € ist mittlerweile ausgelaufen.

Damit künftig die richtigen Weichenstellungen im Umgang mit Bürgerbeteiligung vorgenommen werden können, ist es nach mehr als zwei Jahren aus unserer Sicht nun an der Zeit, die Leitlinien und die seitdem stattgefundenen Bürgerbeteiligungsverfahren sowie das Beteiligungsprojekt „Leipzig weiter denken“ einer gründlichen Evaluation zu unterziehen. Dazu soll es eine Befragung von Veranstaltungsteilnehmerinnen und -teilnehmern, eine verwaltungsinterne Auswertung und eine repräsentative Bürgerumfrage geben. Eine wissenschaftliche Begleitung erachten wir ebenfalls für notwendig.

Aufbauend auf den Prüfbericht sprechen wir uns außerdem für ein partizipatives, mehrstufiges und ergebnisoffenes Betei-

ligungsverfahren aus, um die Leitlinien zur Bürgerbeteiligung fortzuschreiben und eine Bürgerbeteiligungssatzung zu erarbeiten. Damit wollen wir an dem Modell des Leipziger Dialogs zwischen Bürgerschaft, Politik und Verwaltung festhalten. Einen weiteren Alleingang des OBM und der Stadtverwaltung in Beteiligungsfragen erachten wir als nicht zielführend, denn: Gute Bürgerbeteiligung braucht den Grundkonsens von allen Beteiligten! Endlich!

Da die Leitlinien damals als Dienstanweisung des OBM formuliert wurden, haben sie als bloße empfehlende Handlungsanweisung keinen bindenden Charakter. Deshalb sprechen wir uns außerdem für die weitere Institutionalisierung der Bürgerbeteiligung durch eine Satzung aus, die nicht nur objektives Recht setzen, sondern auch zu einer größeren Verbindlichkeit führen würde.

Nicht nur Satzungen zur Bürgerbeteiligung werden von immer mehr Gemeinde- oder Stadträten in Deutschland beschlossen, auch die Idee einer zentralen Vorhabenliste nach dem Vorbild der Stadt Heidelberg setzt einen neuen Standard. Wir erkennen an: Die Stadt Leipzig stellt bereits heute in vielfältiger Weise Informationen über Vorhaben öffentlich dar, und dennoch ist es oft schwierig, sich frühzeitig zu informieren. Deshalb würde eine zentrale Vorhabenliste ähnlich dem Heidelberger Vorbild eine neue Form von Transparenz und Sichtbarkeit produzieren, indem sie frühzeitig, übersichtlich, verbindlich und barrierefrei durch Kurzdarstellungen Bürgerinnen und Bürger, aber auch städtische Gremien über gesamtstädtische oder stadtteilbezogene Vorhaben informiert. Der Clou dabei: In Heidelberg werden zentrale Überlegungen zu geplanten Vorhaben spätestens drei Mona-



Foto: Cordula Rosch

te vor der Erstberatung in den städtischen Gremien öffentlich gemacht – aktives Einbringen ausdrücklich gewünscht! Sicherlich: Leipzig ist um einiges größer als Heidelberg, doch bei vorhandenem politischen Willen und einer offenen Stadtverwaltung wäre die Idee der zentralen Vorhabenliste auch auf unsere Stadt übertragbar. ●



Tim Elschner
Stadtrat
Stadtentwicklungs- und verwal-tungspolitischer Sprecher sowie Sprecher für Bürgerbeteiligung und Transparenz

Jahrgang 1968, Jurist

FA Stadtentwicklung und Bau • FA Allgemeine Verwaltung • Grundstücksverkehrsausschuss • Umlegungsausschuss • Gestaltungsforum • Ehrenrat

Berichte aus dem Stadtrat

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen: Programm zur Instandhaltung und Entwicklung von Spielplätzen in Schulen und kommunalen Kitas 2015–17 aufgelegt

Bereits mit dem letzten Haushalt 2014 wurde ein gleichlautender bündnisgrüner Antrag beschlossen, ein Instandhaltungs- und Entwicklungsprogramm für schulische Spielplätze aufzulegen, welches bislang jedoch nicht umgesetzt wurde. Nun, kurz vor der erneuten Beschlussfassung, hat der Oberbürgermeister endlich das geforderte Programm vorgelegt. Dies jedoch nur nichtöffentlich und zur Kenntnisnahme, was unsere Fraktion und Michael Schmidt in seiner Rede kritisierten. Ungeschönt beschreibt die Vorlage die unhaltbaren Zustände um die Spielplätze in Schulen und Kitas. In der Folge wurden unterjährig für das Jahr 2014 450.000 Euro bereitgestellt und in den darauffolgenden Jahren je 300.000 Euro eingeplant.

Stress durch Lärm – auch Bahnlärm macht krank!

von Alrun Tauché

In den Fokus rückt seit geraumer Zeit auch der Lärm, der von der Schiene ausgeht. Vor allem die endlos lang erscheinenden Güterzüge, die nachts unterwegs sind, sind eine der Hauptverursacher dieses Lärms.

Viele Menschen in Deutschland fühlen sich von Lärm belästigt: Wenn es von der Straße brummt, der Schiene rattert und Flugzeuge dröhnen, leiden Gehirn, Herz und Kreislauf. Der Grund bei der Bahn: Die meisten Waggon sind noch mit Graugussbremsen ausgerüstet, die die Räder bei jedem Bremsen aufrufen. Dadurch wird der Zug lauter. Neue Züge sind inzwischen mit „Flüsterbremsen“ ausgestattet. Die Umrüstung der rund 100.000 Güterwagen in Deutschland auf die sogenannte LL-Sohle ist politisch gewünscht (und machbar), aber teuer. Bis 2020 soll ein Großteil der Güterzüge mit leisen Bremsen ausgestattet sein.



Foto: BI Nördlicher Güterring

Die Bundesregierung will die Umrüstung auf lärm mindernde Bremsen weiter beschleunigen. Verkehrsminister Dobrindt sprach jüngst von 152 Mio. €, die dafür an Bundesmitteln eingesetzt werden sollen. Das Zwischenziel, bis 2016 die Hälfte aller Waggon umzurüsten, erscheint aber mittlerweile gefährdet. Die Bahn bemerkt Lieferprobleme der Hersteller der neuen leiseren Bremssohlen. Die Halter von Güterwaggon zögern auch mit der Umrüstung, weil die neuen Bremsen höhere Betriebskosten verursachen.

Zu dieser Thematik trafen sich nun im Januar dieses Jahres der verkehrspolitische Sprecher von Bündnis 90/Die Grünen, Stephan Kühn (MdB), mit sieben Vertretern verschiedener Lärminitiativen im Norden Leipzigs, Michael Weichert (ehem. MdL) und mir als Vertreterin der Stadtratsfraktion im Wiederitzscher Hotel Hiemann, um gemeinsam über das Thema Lärm zu diskutieren und nach konkreten Lösungsschritten zu suchen. Denn auch am nörd-

lichen Güterring in Wahren/Wiederitzsch streitet die Lärminitiative Nördlicher Güterring seit geraumer Zeit für eine Verbesserung ihrer Situation.

Bereits seit 2005 haben einzelne Mitglieder der jetzigen BI mit verschiedenen Aktivitäten auf das Thema aufmerksam gemacht. Im Jahr 2006 kam die Aussage vom damaligen Bundesministerium für Verkehr, dass bis 2012 ein großflächiger Umbau des nördlichen Güterrings geplant ist und im Zuge dessen auch an den Lärmschutz gedacht wird. Nun wird der Umbau ab 2020 avisiert. Laut Deutscher Bahn wurden 2011 im Rahmen eines Erprobungsprojekts Maßnahmen für den Lärmschutz durchgeführt und am nördlichen Güterring fünf Kilometer Schienenstegdämpfer angebracht, die jedoch keine wesentliche Verbesserung der Situation brachten. Bis heute verweigert die DB AG jedoch die sogenannten „Null-Messungen“ dazu zu veröffentlichen. Größtes Problem ist der bisher fehlende Rechtsanspruch auf lärm mindernde Maßnahmen der DB AG, da es sich bei dem Streckenabschnitt am nördlichen Güterring um eine Bahnbestandsstrecke handelt.

Inzwischen gibt es ein Netzwerk von verschiedenen Lärminitiativen in Sachsen, zu der auch die BI nördlicher Güterring gehört. Sie haben sich zusammengeschlossen und fordern in einer Petition an den Sächsischen Landtag, u.a. die Gesetze zum Schutz der Menschen vor Lärm zu verbessern und Lärm als „Gesamtlärm“ zu betrachten. Auch eine parteiübergreifende „Abgeordneten-gruppe Bahnlärm“ des Bundestags will sich nun konstituieren, da man die Dringlichkeit des Problems erkannt hat und nun handeln muss.

Die Politik macht sich gegen Bahnlärm stark und setzt damit die DB AG zunehmend unter Druck und fordert, kurzfristig durch Tempolimits und Nachtfahrverbote Abhilfe zu schaffen.

Und es ist nicht so, dass dafür keine Bundesmittel bereitgestellt würden. Tatsächlich musste die Bahn im vergangenen Jahr auch Mittel des Bundes verfallen lassen, die für den verstärkten Lärmschutz an Schienenwegen gedacht waren. Grund dafür waren vor allem die langen Planungs- und Genehmigungsverfahren, besonders beim Bau von Lärmschutzwänden. ●



Alrun Tauché
Mitarbeiterin der Fraktion Jahrgang 1967
Aufsichtsrat Zoo • Stadtbezirksbeirat Mitte • Tierschutzbeirat • AG Straßenbenennung

Berichte aus dem Stadtrat

Schulsekretariate – Auswirkungen der Stellenplanänderungen werden nun frühzeitig überprüft

Ziel des Antrags war die sofortige Evaluierung der Stellenplanänderungen in den Schulsekretariaten, die als neues Stellenplanmodell bekannt geworden ist und schon zur Umsetzung kommt. Die Verwaltung hat hier nun zugesagt, die ursprünglich in zwei Jahren geplante Evaluation um ein Jahr vorzuziehen. Fraktionsvorsitzende Katharina Krefft würdigte mit ihrer Rede die Aufgaben, die durch Schulsekretärinnen bewältigt werden. Da die Verwaltung dem Ansinnen des Antrags weitestgehend folgen konnte, wurde der Verwaltungsstandpunkt zur Abstimmung gestellt und einstimmig beschlossen.

Sprint- Sprach- und Kulturmittlung ist gesichert

Die Einreicher, die Fraktionen DIE LINKE, SPD und Bündnis 90/Die Grünen haben mit ihrem Antrag allein schon viel erreicht. Schon während der Beratungen zum Antrag wurden die Beschlusspunkte 1 und 2 umgesetzt. Es ging um die Sicherung der Sprachmittlungsdienste für Menschen mit mangelhaften Deutschkenntnissen, die sich im Krankenhaus, beim Arzt und insbesondere auf Ämtern oder in Behörden verständigen müssen. Diese Übersetzungsleistungen werden von Dolmetschern auf Honorarbasis übernommen. Die Stadtverwaltung folgte dem Anliegen der Antragsteller schließlich.

Nachbarschaftsschule – leidenschaftlich

von Cordula Rosch

Unsere Fraktion hat Mitte 2014 einen Antrag zur Diskussion gestellt, der auf den Erhalt des Konzeptes und damit auch der Nachbarschaftsschule (Nasch) in Lindenau abzielt. Diese staatliche Schule steht in der Verantwortung des sächsischen Kultusministeriums, welches der Schule zum Schuljahr 2014/15 die Aufnahme höherer Schülerzahlen verordnet hat.

Wenn es irgendwo leidenschaftlich zugeht in Leipzigs Schulen, dann in der Nasch. Diese Leipziger Schule hat eine zu besondere Geschichte, und Leidenschaft war die Notwendigkeit für deren Anfang, und ist es bis heute. Der Beginn der Schule ist zu finden in den Tagen von 1989, als endlich absehbar war, dass die konformistische Schule der DDR ein Ende haben würde und Bildungsalternativen möglich werden. Damals taten sich Eltern und Lehrende in Lindenau zusammen und brachten ihr einzigartiges reformpädagogisches Konzept auf Papier und mit Leidenschaft auf den Weg der Umsetzung.



Foto: Cordula Rosch

Dieses Schulkonzept ist uns heute immer noch Leidenschaftlichkeit wert. Die liebevoll Nasch genannte Schule hat Nasch-Kinder hervorgebracht, Kinder und Jugendliche, die ihre besondere Schule und den langjährigen Zusammenhalt über zehn gemeinsame Schuljahre in der Gemeinschaftsschule wertschätzen. Elternengagement wird hier erwartet und Initiativen finden immer einen Platz. Lehrer und Lehrerinnen brauchen Herzblut für die Sache und die Kinder, Projekte und Mehrbelastungen, die sich aus dem Konzept ergeben.

Was ist nun das Besondere an dem Konzept, weswegen die Nasch als staatliche Schule immerhin 20 Jahre lang sächsische Modellprojektschule war? Hier lernen 1. bis 3. Klasse altersgemischt. Dadurch

wird kein Kind über- oder unterfordert, der Schulstart ist dynamisch. Auf Zensuren wird verzichtet bis Klasse 7, dafür bekommen die Kinder von jedem Fachlehrer eine Einschätzung und von der Klassenlehrerin eine umfassende Gesamteinschätzung der Entwicklung – das ist großartig.

Die Nasch arbeitet am Gemeinschaftssinn, bei zahlreichen Projekten stehen ältere Klassen den jüngeren zur Seite. Die Lehrerschaft wird beim Vornamen genannt. Es ist ein Miteinander auf Augenhöhe und eine Atmosphäre der gegenseitigen Wertschätzung. Die Schule kooperiert mit dem Theater der Jungen Welt und anderen Einrichtungen der Nachbarschaft. Eigenständiges Lernen und das Präsentieren von selbstgewählten Projektarbeiten wird hier geübt und fördert das Selbstbewusstsein. Diese Arbeitsweise erfordert seitens der Lehrer und Lehrerinnen mehr Engagement, mehr Zeit und mehr direkte Zuwendung.

So stimmt letztlich das Ergebnis. Mehr als die Hälfte der Absolventinnen und Absolventen wechseln anschließend an eine weiterführende Schule. Es gibt über alle Jahre nur Einzelfälle, die ohne Abschluss die Schule verlassen. Aber stadtwweit sind es über 10 %.

Das ist es, was auf dem Spiel steht, wenn die Alarmsignale nicht ernst genommen werden. Die Nasch muss weiterhin ihren reformpädagogischen Vorbildcharakter behalten.

Eltern wünschen sich, dass ihre Kinder Freude am Lernen haben. Dazu muss Lernen eine gute Erfahrung sein. Wie an der Nasch. ●



Cordula Rosch
Referentin der Fraktion Jahrgang 1968
verheiratet
3 Kinder
Beirat Schulbibliotheken • Stadtbezirksbeirat Südwest • Steuerungsgruppe FairTradeTown

Berichte aus dem Stadtrat

Zwei Jahre lang wurde daher unter enger Einbeziehung von Vereinen und Verbänden an Lösungswegen gearbeitet. Die Denkwerkstatt Gemeinwohlarbeit fungierte aus Sicht der Vereine als kritischer und langjähriger Begleiter des Prozesses.

Die Forderungen der Anträge von Bündnis 90/Grünen und der Fraktion die Linke, die letztlich die herausgearbeiteten Arbeitsergebnisse des mehr als zweijährigen Diskussionsprozesses widerspiegeln, fanden schließlich keine Mehrheit im Stadtrat. Stattdessen brachten SPD und CDU wenige Tage vor der Abstimmung Änderungsanträge ins Verfahren, ohne sich im Vorfeld tiefer mit den Verfahrensbeteiligten rückzukoppeln und wurden im Stadtrat mit knapper Mehrheit bestätigt. Somit wurde beschlossen, eine Kontaktstelle für Vereine durch die Verwaltung im Stadtbüro einzurichten. Die Freiwilligenagentur erhält zudem 20.000 €, um ihr Personal aufzustocken.

Letztlich sind aber mit diesem Minimalkonsens nicht einmal die Vereine und Verbände zufrieden. Bleibt nur zu hoffen, dass der noch immer ausstehende Grundsatzbeschluss der Stadt zur **Zukunft des Ehrenamtes**, der von Bündnis 90/Die Grünen immer wieder eingefordert wurde, endlich kommt und bessere Perspektiven aufzeigt.

Einem Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen folgend wurde im Gesundheitsamt eine Organisationsuntersuchung zum Personalbedarf vorgenommen, um die **Kita- und Einschulungsuntersuchungen wieder besser abzusichern**. Die nun vorliegenden Erkenntnisse wurden zur Grundlage der Stellenplanung im kommenden Doppelhaushalt. Demnach werden für 2015/16 weitere 1,5 fachärztliche Stellen besetzt. Der Stadtrat entschied in diesem Zusammenhang ebenso über die Fortschreibung des Maßnahmenplanes zur Früherkennung und Frühförderung von Kindern, für den der durch die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen auf den Weg gebrachte Personalaufbau ein deutlicher Schritt nach vorn bedeutet.

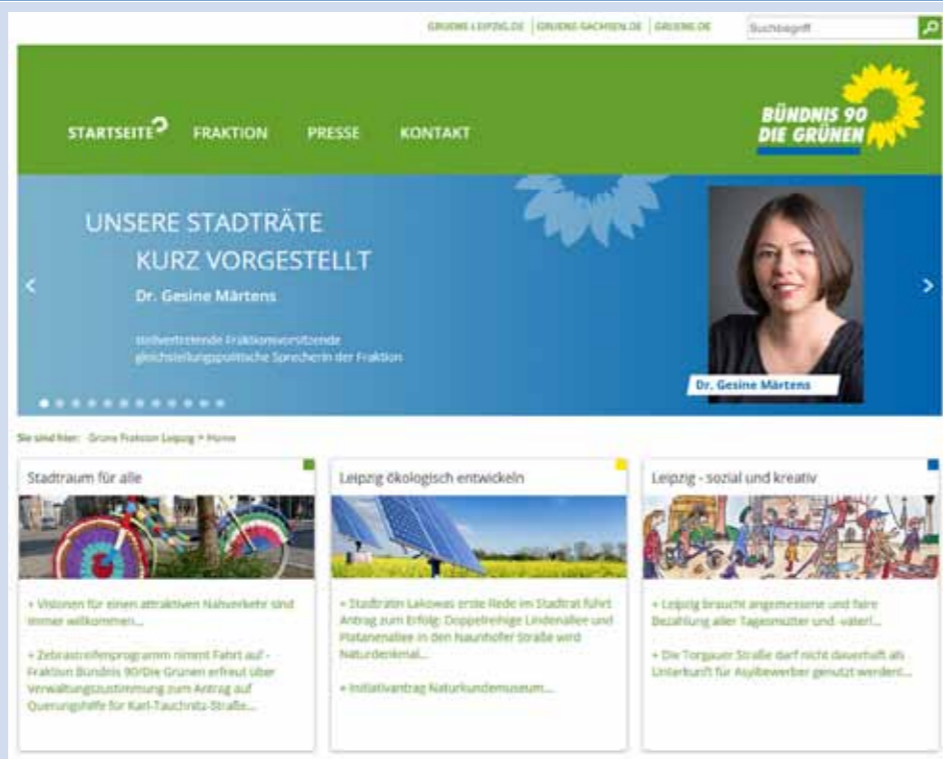
Unsere neue Webseite

Wir haben eine neue Webseite in das World Wide Web gestellt – wie gehabt unter www.gruene-fraktion-leipzig.de und laden herzlich ein, mal einen Blick auf die neuen Seiten und Unterseiten zu werfen.

Neu ist vor allem ein Angebot in russischer, englischer und französischer, sowie in leichter Sprache mit den wichtigsten Informationen zur Arbeit der Stadträtinnen und Stadträte in der Leipziger Kommunalpolitik. Hier finden Sie auch die online-Variante unserer Ratschlag-Ausgaben.

Für die Umsetzung der sehr frischen Webseite haben die „Kommunikatisten GbR“ gesorgt.

Wir freuen uns über Rückmeldungen, Anregungen und Kritiken im gerade begonnenen „Elchtest“.



Petitionen jetzt online – und gleich mit einem Kracher!

von Ingo Sasama

Seit 2 Jahren kämpfen wir um eine Plattform für Online-Petitionen – jetzt ist sie zum Jahresbeginn auf der Webseite der Stadt an den Start gegangen. Und wie: Gleich mit einem ganz dicken Ding!

Mit der neuen Plattform für Online-Petitionen beschreitet Leipzig als erste große Stadt neue Wege. Direkt und unkompliziert kann nun jede*r Petitionen an den Stadtrat auch online einreichen. Und nicht nur das: Auch kann man sie dort unterstützend mitzeichnen und ihr so zu einer größeren Bedeutung und Gewicht verhelfen.

Ist die Mail in der Verwaltung eingegangen, erhält der Absender eine Eingangsbestätigung. In der nächstmöglichen Sitzung entscheidet der Petitionsausschuss zunächst, ob es sich um eine Petition für die Ratsversammlung handelt. Ist dies der Fall, wird die Petition an die Verwaltung weiter gereicht und diese um Stellungnahme zu dem Sachverhalt gebeten. Sobald eine Petition für die Ratsversammlung bestätigt worden ist, erfolgt die Veröffentlichung im Ratsinformationssystem. Veröffentlicht wird dabei eine kurze Darstellung des Sachverhalts, die Stellungnahme der Verwaltung, der Be-

schlussvorschlag für die Ratsversammlung und der endgültige Beschluss.

Kaum an den Start gegangen, gibt es auch schon den ersten Aufreger: Ein leidgeprüfter Vater verlangt eine DNA-Datenbank für Hunde. Ein Ansinnen, welches auch der Tierschutzbeirat der Stadt bereits einmal erfolgreich gefordert hatte. Er beanstandet die Verschmutzung der Leipziger Parkanlagen und Gehwege mit Hundekot als ein ernstzunehmendes Problem. Nach einem Ausflug mit den Gästen der Geburtstagsfeier seines 4-jährigen Sohnes in den nahe gelegenen Park musste er wohl bei 3 von 10 Gästen das Schuhwerk von Fäkalien befreien. Neben der Verschmutzung moniert er auch die Gefahr von Gesundheitsschäden, gerade bei Kindern. Auf Grundlage der DNA-Daten könnten dann die von Kontrolleuren aufgefundenen Hundehaufen ihren Besitzern zugeordnet und diese mit entsprechenden Ordnungsgeldern belegt werden.

Die Stadt Neapel hat im vorigen Jahr mit der Errichtung einer solchen Datenbank und der entsprechenden Verfolgung der Halter*innen begonnen. Die Kosten stellen

dabei kein Problem dar. Sie belaufen sich pro DNA-Tests auf lediglich ca. 20 €. Das System erzielt durch die Einnahmen aus den Bußgeldern sogar einen Überschuss. Dies hat dort bereits bei seiner Inbetriebnahme zu einer spürbaren Verbesserung der Entsorgungsquote und Sauberkeit geführt. Und: Die Kontrolleure werden von Bürgern mit und ohne Vierbeiner gleichermaßen akzeptiert. ●

Das gefällt Ihnen? Dann zeichnen Sie mit! Oder haben Sie eigene Anregungen? www.leipzig.de/buergerservice-und-verwaltung/buergerbeteiligung-und-einflussnahme/petition/online-petition/



Ingo Sasama
Fraktions-
geschäftsführer
Jahrgang 1960
Aufsichtsrat
Stadtwerke Leipzig GmbH (SWL) •
Aufsichtsrat
LeCos

Umweltbibliothek langfristig gesichert!

von Norman Volger

Der Stadtrat hat sich in der Haushalts-sitzung am 18.3.2015 zum Erhalt der Umweltbibliothek bekannt. Unsere Fraktion hat mit diesem Antrag ihr Ziel erreicht.

Nach intensiver Debatte stand mit der Unterstützung des Oberbürgermeisters eine deutliche Mehrheit für die langfristige finanzielle Ausstattung der Fachbibliothek. Die zusätzlichen 35.000 Euro von 70.000 Euro werden der Bibliothek zugeschrieben und sind nun im kommunalen Haushalt für Umweltbildung zweckgebunden eingestellt. Dieser „Topf“ war schon lange zu klein für die vielfältigen Aufgaben der Umweltvereine und -verbände in unserer Stadt.

Wir dürfen den Stadtratsbeschluss so deuten, dass die Umweltbibliothek vom Stadtrat als Spezialbibliothek heute in ihrer Rolle und Bedeutung anerkannt ist. Der Stadtrat hat eine von der UNESCO als „offizielles Projekt der Weltdekade Bildung für nachhaltige Entwicklung“ ausgezeichnete Initiative gerettet. Dass dies kurz infrage gestellt zu sein schien, ist heute zum Glück Geschichte.

Mit diesem Beschluss ist der kommunale Zuschuss für die Umweltbibliothek ausreichend für den dauerhaften Erhalt eingeplant. Mit 70.000 Euro pro Jahr kann der Verein Ökolöwe Umweltbund Leipzig e. V. die Bibliothek dauerhaft halten. Der Verein hat, über alle Jahre mit Spenden und Sponsoring, wie andere Vereine auch, seine finanzielle Basis aufgebessert. Doch in den vergangenen Jahren reichte dieses insgesamt nicht mehr für eine Personalstelle.

Die Umweltbibliothek war mit ihrer Informationsarbeit ein Korrektiv zur damals staatlich verordneten Geheimhaltung von Umweltdaten. Die Umweltbibliothek im Ökolöwen ist mit ihrer Arbeit heute weiter dieses gewichtige Korrektiv, in manchen Fällen die unbequeme Gegenstimme zur Umweltpolitik der Stadt.

Die Umweltverwaltung hatte zum Antrag mit ihrem Verwaltungsstandpunkt versucht, die Umweltbibliothek einer wirtschaftlichen Betrachtung zu unterziehen, was in keiner Bibliothek der Welt möglich ist. ●

Hintergrundmaterial zur Umweltbibliothek:

Damals wie heute war und ist die Umweltbibliothek eine zentrale Informationsstelle in Umweltfragen in der Region. Die Nutzerschaft reicht von Schülerinnen bis zu Verwaltungsmitarbeitern und von Pädagogen bis zu Planungsbüros. Wie bei anderen wichtigen Leipziger Einrichtungen reicht der Nutzerkreis auch über die Stadtgrenzen hinaus: u.a. liefert die Leipziger Umweltbibliothek per Fernleihe vielen kleinen und mittleren Stadtbibliotheken in Sachsen Medien für deren Leser, da sie über einen breiten Bestand unterschiedlichster Medien zu vielfältigen Themen – vom umweltgerechten Bauen über die Umweltpädagogik, von der Umweltpolitik und der Umweltpsychologie bis zum Natur- und Gewässerschutz – verfügt, der in dieser Breite und Tiefe in öffentlichen Allgemeinbibliotheken nicht vorgehalten wird und der selbst für Universitäts- und Fachhochschulbibliotheken eine wertvolle Ergänzung darstellt. Dies zeigt

sich auch in der Nutzung vieler Leipziger Studenten vor allem von HTWK und Universität Leipzig. Die Umweltbibliothek hat zudem 2005 wie auch 2011 wertvolle öffentliche Auszeichnungen ihres Engagements und Angebotes erfahren und wurde als „der UNESCO ausgezeichnet.“

Die Umweltbibliothek Leipzig ist 1988 bei der AG Umweltschutz des Jugendpfarramtes der evangelischen Kirche als Teil der regimekritischen Umweltbewegung der DDR entstanden.

Deren Beitrag zur Friedlichen Revolution war das Aufdecken und Bekannt machen der gravierend schlechten Umweltsituation in der DDR und des daraus erwachsenden Unmuts und Widerstands in der Bevölkerung: gegen die Zerstörung ganzer Landstriche durch Tagebaue oder die Vergiftung von Gewässern, Böden und Luft durch die Landwirtschaft und ungefilterte Industrieabgase und -abwässer.

Papier sparen

Wir wollen den Versand von Papierexemplaren aus ökologischen Gründen einschränken. Seit mehreren Jahren verschicken wir von unserer Auflage von 1.600 Exemplaren ca. 600 Stück an unseren Abonnentenkreis. Da wir aber nicht unnötig Papier „verdrucken“ wollen, möchten wir von Ihnen/euch unseren treuen Leserinnen und Lesern wissen, ob Sie/ihr sich/euch zukünftig vorstellen können/könnt, auf eine Zusendung eines gedruckten Exemplars zu verzichten?

Alternativ würden wir Ihnen/euch eine E-Mail-Benachrichtigung zuschicken, sobald eine Neuerscheinung auf unserer Website eingestellt ist.

Dazu bitten wir um eine Rückmeldung per E-mail GueneFraktion@leipzig.de oder telefonisch unter 0341/123-2179.

Berichte aus dem Stadtrat

Investitionsbedarf für Spielplatzneue- und -ersatzbauten wird vom Stadtrat anerkannt

Der Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zielte darauf ab, die Stadt in die Pflicht zu nehmen, Mittel für die Schaffung neuer Spielplätze einzuplanen. In den vergangenen Jahren konnten Neu- und Ersatzneubauten nur stattfinden, wenn sich Spender und Sponsoren fanden, die Stadt selbst stellte eigene Mittel nur für die Instandhaltung zur Verfügung. Das führte beispielsweise zur jahrelangen Sperrung des schönen Spielplatzes am Auensee. Der Antrag fand im Stadtrat erfreulicherweise die benötigte Mehrheit. Im Ergebnis soll die Verwaltung nun eine Bedarfsanalyse für alle Stadtteile erstellen und Geld für die Umsetzung der notwendigen Spielplatzbauten zur Verfügung stellen. Der Stadtrat hat dazu im Rahmen des Haushaltsbeschlusses dem grünen Antrag für jährliche Mittel von 200.000 Euro zugestimmt.

Berichte aus dem Stadtrat

Die geteerten Straßen in den beiden großen und sehr intensiv genutzten Innenstadtparks gehören tatsächlich noch zum Straßennetz und werden von manchem Autofahrer auch als Straße angesehen. Die grüne Fraktion hatte mit dem Antrag „**Keine Autos auf Straßen und Wegen im Clara- und Johannapark sowie der Nonne**“ die Entwidmung der Wege gefordert, damit wären nur noch besondere Transporte mit Ausnahmegenehmigung berechtigt zu fahren und hätten ausschließlich Spaziergängern und Radfahrenden zur Verfügung stehen können. Dies sagte die Verwaltung trotz Ablehnung unseres Antrages grundsätzlich zu.

Neufassung des „Leipziger Modells zur Schülerbeförderung“ der Stadt Leipzig bestätigt

Das Leipziger Modell zur Schülerbeförderung wird im kommenden Schuljahr eine Lücke schließen, die zurecht kritisiert wurde. So bleibt ganzen Schulklassen die Nutzung der Strecke der S-Bahn durch den Citytunnel verwehrt, weil die Duldung der Bahn vom vorangegangenen Schuljahr für die Nutzung der Klassencards im Citytunnel ausgelaufen ist und die neue Vereinbarung zu spät umgesetzt wurde. Die daher entstandene Lücke im Schuljahr 2014/15 versucht man nach Aussage der Verwaltung nun bei konkretem Bedarf per Einzelfallentscheidung mit Einzelfahrscheinen operativ zu lösen. Schulen, deren Schulklassen beispielsweise auf dem Weg zum Schulschwimmen mit der Nutzung der S-Bahn deutliche Zeitersparnis hätten, sind nunmehr gehalten, sich zur Klärung an das Amt für Jugend, Familie und Bildung zu wenden.

Die beeindruckende Allee aus alten und jungen Linden, die teilweise doppelreihig die Naunhofer Straße begleiten, ist aus unserer Sicht und aus Sicht des Stötteritzer Bürgervereins wert, (wieder) unter besonderen Schutz gestellt zu werden. Wegen der während der Diskussion eingehenden Anregungen wurde unser Antrag erweitert und nun wird von uns auch die Unterschutznahme der sich anschließenden

Platanenallee gefordert. Die Einordnung eines Naturdenkmals erfolgt nach festgelegten Kriterien, die wir für gegeben ansehen. Leipzig hat innerorts keine weitere derartige historische und größtenteils erhaltene Baumallee vorzuweisen. Wenn die **Linden- und Platanenallee Naunhofer Straße wieder Naturdenkmal** wird, ist eine Veränderung am Baumbestand ausgeschlossen, es gilt bei Straßenreinigung und Winterdienst, den Gesundheitszustand der Bäume zu wahren. Unserem Antrag wurde durch den Stadtrat mehrheitlich zugestimmt.

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen erfolgreich: Eutritzscher Markt revitalisieren – Wochenmarkt wiederbeleben!

Seit dem Jahr 2006 findet auf dem Eutritzscher Markt, der sich direkt am alten Ortskern befindet, kein Frischemarkt mehr statt. Die Tradition des Wochenmarktes soll dort jetzt wieder lebendig werden. Das Umfeld des Marktes hat sich in den letzten Jahren durch Zuzüge und Sanierungen positiv entwickelt.

Deshalb hat unsere Referentin Alrun Tauché einen neuen Anlauf im Mai 2014 gestartet. In unserem Antrag „Eutritzscher Markt revitalisieren - Wochenmarkt wieder eröffnen“ sollte das Marktamt beauftragt werden, den Frischemarkt wieder langfristig zu initiieren. Im Verwaltungsstandpunkt wurde unser Antrag soweit unterstützt, dass zunächst thematische Märkte auf dem Eutritzscher Markt, wie der Herbstmarkt, seitens des Marktamtes gefördert werden. Damit soll langfristig dieser Platz und das angrenzende Areal wieder zu als Eutritzscher Ortskern wahrnehmbar sein. Auf diese Entwicklungspotenziale Eutritzschs und den Beitrag, den ein regelmäßig stattfindender Frischmarkt dazu erbringen kann, hat Stadträtin Annette Körner in ihrem Redebeitrag hingewiesen und somit den Weg bereitet für das erfolgreiche Abstimmergebnis.

Bereits im Jahr 2013 hat unsere Fraktion einen Antrag eingereicht, der vorsah, eine **Koordinierungsstelle Ehrenamt** einzurichten und kostenlose Weiterbildungsangebote für Vereine anzubieten, um damit die weggefallenen

Fördermittel des Bundes und Sonderprogramme auffangen zu können. Inzwischen hat sich die Situation für eine Vielzahl aktiver Vereine dramatisch verschlechtert. Die meisten leiden unter chronischer Finanznot und fehlenden ehrenamtlichen Mitstreiterinnen.

Spendenaufruf

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Freundinnen und Freunde, Auch in diesem Jahr sind wir bestrebt, dreimal jährlich, in einer Auflagenhöhe von mindestens 1.600 Exemplaren, unseren „Ratschlag“ kostenlos herauszugeben. Auf einen Zuschuss zu den jährlichen Versandkosten sind wir, wie bereits in den Vorjahren, angewiesen und bitten Sie/Dich um Unterstützung in Form eines kleinen Unkostenbeitrags (Keine Spende, demnach keine Spendenquittung!) auf folgendes Konto:

Sparkasse Leipzig
Kto.-Nr.: 1194900638
BLZ: 860 555 92 oder
IBAN: DE64 8605 5592 1194 9006 38

Für Ihr/Dein Interesse und Ihre/Deine Unterstützung bedanken wir uns im Voraus und wünsche Ihnen/Dir auch weiterhin eine spannende Lektüre.

Impressum

Herausgeber:
 Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
 im Stadtrat Leipzig
 Neues Rathaus/ Zimmer 103
 Tel.: 123-2179 / Fax: 123-2175
 E-Mail: GrueneFraktion@leipzig.de
 www.gruene-fraktion-leipzig.de

Konto für » Ratschlag «:
 Stadt- und Kreissparkasse Leipzig
 Konto-Nr. 1194900638
 BLZ 860 555 92
 IBAN: DE64 8605 5592 1194 9006 38

Redaktion:
 Ingo Sasama (V.i.S.d.P), Michael Schmidt,
 Cordula Rosch, Alrun Tauché

Alle Portraits:
 Martin Jehnichen

Auflage: 1.600 Exemplare

Gestaltung:
 Ungestalt GbR, Leipzig, www.ungestalt.de

Produktion:
 FRITSCH Druck GmbH, Leipzig